

UNAUFGEFORDERT. UNABHÄNGIGE STUDIERENDENZEITUNG
DER HUMBOLDT-UNIVERSITÄT SEIT NOVEMBER 1989

UnAuf

SERBIEN: EIN LAND
PROTESTIERT

NR. 272

HERBST 2025

Die digitale ZEIT lesen und dauerhaft 58% sparen.



Jetzt Angebot 4 Wochen gratis testen:
www.zeit.de/dz-u30

Exklusiv
für alle
unter 30





liebe Leser*innen,

добродошли у Београд – Willkommen in Belgrad! Mit angsterregend vielen Turbulenzen sind wir in Serbien gelandet und haben hier im Rahmen unseres diesjährigen Auslandsprojektes zu den anhaltenden Studierendenprotesten recherchiert. Diese wurden am 01. November 2024 ausgelöst, als in Novi Sad, der zweitgrößten Stadt Serbiens, das erst kurz zuvor renovierte Bahnhofsvordach einstürzte. 16 Menschen starben an den Folgen dieses Vorfalles, der mit Korruption, fahrlässiger Planung sowie mangelnder Bauaufsicht in Verbindung gebracht wird.

Seitdem erlebt Serbien landesweit Massenproteste, die insbesondere von Studierenden ausgehen und sich gegen die Korruption, den Machtmissbrauch und die politische Gewalt richten – und gegen eine politische Kultur, in der Verantwortung oft im Nebel verschwindet.

Vor Ort haben wir den Bahnhof in Novi Sad besucht, mit Professor*innen und Studierenden gesprochen, besetzte Fakultäten und Proteste besucht, unter Nationalist*innen eine Rede von Aleksandar Vučić, dem serbischen Präsidenten, miterlebt und gespürt, wie sich ein gespaltenes Land anfühlt.

Aus der Reise nehmen wir unglaublich viel mit – wie viel Mut junge Menschen in Serbien brauchen, um für ihre Rechte einzustehen, und was es bedeutet, unter realer Gefahr politische Verantwortung einzufordern. Wie viel Durchhaltevermögen und Ausdauer die Menschen aufbringen, um ihrem Wunsch eines freieren Serbiens näherzukommen, und die Erkenntnis, dass der Kampf um Demokratie nicht nur in Wahlkabinen stattfindet, sondern auf den Straßen, in Hörsälen und auf zwischenmenschlicher Ebene.

Auf den folgenden Seiten könnt ihr eintauchen in unsere Recherchen, aufschlussreichen Gespräche und intensiven Eindrücke und nachvollziehen, was wir erlebt, gesehen und verstanden haben.

Eine Reportage zeigt, wie besetzte Uni-Gebäude in Novi Sad sich von besetzten Instituten in Berlin unterscheiden, dass die Studierenden sich diese Gebäude zu ihrem Zuhause machen, dort schlafen, kochen, leben. Wir berichten über Pressefreiheit in Serbien, zum einen durch ein Interview mit der Journalistin Nina Čolić, die Teil des Zentrums für investigative Recherchen Serbiens (CINS) ist, und zum anderen durch einen Artikel über die serbische Studierendenzeitung Student. Außerdem wird der Aspekt des Queerseins in Serbien beleuchtet, und einer unserer Autoren hat aufgeschrieben, welche Erfahrungen er bei der Anreise mit dem Nachtzug nach Belgrad gemacht hat.

Auch in Berlin haben wir uns mit den Zusammenhängen, Hintergründen und Stimmen aus Serbien beschäftigt. So gibt der Historiker Dr. Nenad Stefanov etwa Einblicke in die Geschichte Serbiens als postjugoslawischer Staat. Möglich gemacht hat das Ganze die Rosa-Luxemburg-Stiftung, der wir unseren herzlichen Dank für die Förderung unseres Auslandsprojektes aussprechen.



*Nur wenige Tage nach unserer Rückkehr kam es erneut zu gewaltsamen Ausschreitungen in Serbien. Als Auslöser für diese erneute Eskalation werden die Vorfälle in den Städten Vrbas und Backa Palanka gesehen. Dort gingen am 12. August Anhänger*innen der Regierungspartei mit Feuerwerkskörpern und Schlagstöcken auf Demonstrant*innen los. Sicherheitskräfte schritten nicht ein.*

Die Chefredaktion – Nora Rauschenbach, Hannah Isabella Schlünder, Anne Marie Patzke und Martin Mühl sowie die gesamte UnAuf-Redaktion.



Gefördert durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung mit Mitteln des Auswärtigen Amtes aufgrund eines Beschlusses des deutschen Bundestages.

5

Was ist Čaciland? Das Propaganda-„Protest“-Camp vor der Nationalversammlung

6-7

Mit dem Zug nach Serbien, geht das?

8-9

Student: Eine Studierendenzeitung zwischen Aktivismus und Berichterstattung

10-12

Solidarität im Hörsaal, Spaltung im System – Professor Slobodan G. Markovich über die Lehre an serbischen Universitäten

13-15

Wenn der Hörsaal zum Schlafsaal wird: Ein Einblick in die Student*innenproteste in Novi Sad

16-18

Studentischer Protest mit gesellschaftlicher Zukunft?

19-21

Musik als Protest: Nas Troje über die Studierendenproteste

22-23

Reporter*innen unter Repression. Wie funktioniert investigativer Journalismus in Serbien?

24-25

Einmal im Leben auf einer nationalistischen Gedenkveranstaltung

26-27

Nationalismus im Wandel – Historiker Dr. Nenad Stefanov im Interview

28-30

Leben an der neuen Seidenstraße

31-33

Was bedeutet Queer sein in Serbien? Ein Interview mit einer LGBTQ-Aktivistin

34-35

Fair, frei, Fantasie? – CRTA im Einsatz für faire Wahlen und Demokratiestärkung

36-37

Zu Besuch in der Fakultät Bauingenieurwesen: ein Gespräch zwischen Plenum und Protest

38-39

Iva Marković: „Serbien wird zu einer Bergbaukolonie“

UnAufgefordert.

Die unabhängige Studierendenzeitung der Humboldt-Universität zu Berlin.

Herausgeber: Kuratorium des Freundeskreises der UnAufgefordert e.V.
Humboldt-Universität zu Berlin
Unter den Linden 6

Chefredaktion: Nora Rauschenbach, Hannah Isabella Schlünder, Anne Marie Patzke und Martin Mühl

Schlussredaktion: Emely Stache, Mara Buddeke, Sara Walker, Tobias Würtz, Felicitas Hohmann, Andreas Stein, Nicolas Bruggaier, Thordis Schreiber, Nora Rauschenbach, Hannah Isabella Schlünder, Anne Marie Patzke, Martin Mühl

Kontakt: chefred@unauf.de

Anzeigen: werbung@unauf.de

Layout und Gestaltung: Fernanda Candas, Valentina Corredor

Illustratorin: Lucia Maluga

Titelbild: Fernanda Candas, Valentina Corredor

Druck: Gemeindebriefdruckerei, Eichenring 15a, 29393 Groß Oesingen

Auflage: 2.000

Die Artikel und Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wider. Nachdruck und Vervielfältigung nur nach vorheriger Genehmigung. Die Redaktion behält sich vor, Leser*innenbriefe gekürzt zu veröffentlichen.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 14.08.2025

Die UnAufgefordert erscheint seit dem 17. November 1989 an der Humboldt Universität zu Berlin und ist eine der ältesten Studierendenzeitungen Deutschlands. Seitdem begleitet sie den Weg der HU durch unabhängige und professionelle Berichterstattung über Forschung und Lehre, studentisches Leben und Kultur. Bereits zweimal wurde ihr dafür der Pro-Campus-Presse Award als beste deutschsprachige Studierendenzeitung verliehen.

UnAufgefordert online: www.unauf.de

Offene Redaktionssitzung: Jeden Montag im Semester (jeden zweiten Montag in der vorlesungsfreien Zeit), 18.30 Uhr

Gefördert durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung mit Mitteln des Auswärtigen Amtes aufgrund eines Beschlusses des deutschen Bundestages.

Was ist Čaciland? Das Propaganda- „Protest“-Camp vor der Nationalversammlung

Thordis Schreiber (sie/ihr), 20,
Bachelor Anglistik und Geschichtswissenschaften

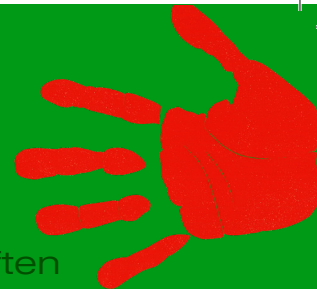
Gleich an unserem ersten Abend in Belgrad rennen fünf Personen unserer Gruppe vor einem Mann weg, der uns zuerst hinterher schreit und im Anschluss mehrere Minuten lang verfolgt. Irgendwann gibt er auf, da er uns nicht mehr einholen kann. Verwirrt und weniger verängstigt, als wir es tatsächlich sein sollten, überlegen wir, was der Mann wohl von uns wollte. Wie ernst und gefährlich die Situation wirklich war, realisieren wir erst mehrere Tage später.

Im Pionirski Park in Belgrad, gleich neben dem Gebäude der Nationalversammlung, haben im März 2025 vermeintliche Student*innen ihre Zelte errichtet. Sie sind aber kein Teil der Bewegung gegen die Regierung Vučićs, ganz im Gegenteil. Diese „Student*innen“ sind gegen die Proteste und wünschen sich einen normalen Unibetrieb zurück. „Schüler zurück in die Schule!“ lautet der Slogan. Mit diesem Slogan hängt auch der Name zusammen, mit dem die Camper mittlerweile allgemein bezeichnet werden. Statt dem serbischen Wort für Schüler (Daci) schrieb ein*e Teilnehmer*in das Wort Čaci, das keine eigene Bedeutung hat. So wurden die Camper zu Čacis und das Camp zu Čaciland.

Die Student*innen, die gegen Vučić protestieren, reden uns gegenüber abfällig von den Čacis und machen sich über den Schreibfehler lustig. Es fällt uns schwer, es ihnen zu verübeln. Denn in Serbien ist es allgemein bekannt, dass die „Student*innen“ im Pionirski Park keine echten Student*innen seien, sondern von der Regierung bezahlt werden. Bei vielen von ihnen handele es sich sogar um verurteilte Kriminelle, die eigens zu Vučićs Propaganda-Zwecken in das Camp geschickt wurden. So ironisch der kleine Schreibfehler vor diesem Hintergrund auch sein mag: Vučić weiß genau, wie er das Čaciland zu seinen Zwecken nutzen kann. So benutzt er das Wort selbst, um gegen die echten Student*innen zu hetzen: „Besser Čaci als Nazi“, so Vučić.

Wie kann es sein, dass alle von der Korruption, die hier passiert, zu wissen scheinen, es aber keine handfesten Beweise gibt? Die Journalistin Nina Čolić vom Zentrum für investigative Recherchen Serbien (CINS) sagt dazu: „Wir recherchieren zu dem Thema, aber es ist nicht einfach. Wir sehen, dass Geld fließt, können das Camp aber nicht in direkte Verbindung dazu setzen.“ Die Journalistin erzählt uns außerdem, dass die Čacis schon häufiger Leute angegriffen haben. Laut der NGO CRTA, die sich für Demokratie in Serbien einsetzt, sehe die Gesellschaft einfach, dass dort Korruption stattfindet. Erst als wir selbst das Camp besuchen, wird uns klar, was sie meinen. Der Pionirski Park ist umgeben von einer Absperrung, dahinter befindet sich ein Dorf aus identischen Zelten. Die Leute, die wir im Camp sehen, sind alle im mittleren Alter.

Um herauszufinden, welche Informationen die Polizei uns zu dem Camp geben kann, fragen wir nach, aus welchem Grund das Gelände hier umzäunt und abgesperrt sei. Der Polizist teilt uns daraufhin locker mit, dass die Menschen in dem Park „dumm wie Schweine“ seien und von Politiker*innen bezahlt werden. Wenn schon die serbische Polizei die Korruption durchschaut und ein paar neugierigen Touristinnen so offen davon erzählt, hat Vučić bei seiner Propaganda wirklich keinen besonders guten Job gemacht. Der Mann, der uns an unserem ersten Abend in Belgrad verfolgt hat, war also ein Čaci, wir waren uns nur nicht darüber bewusst, dass wir gerade am Camp vorbei laufen. Sicher kann man uns jetzt uninformiert und naiv nennen, aber wer rechnet auch damit, von ein paar Campern mit Rechtschreibschwäche angegriffen zu werden?



Tobias Würtz (er/ihm), 25, Master Sozialwissenschaften

Ein Flug von Berlin nach Belgrad dauert etwa zwei Stunden. Wer nachhaltig mit dem Zug reisen will, braucht deutlich länger. Unser Autor hat das Experiment gewagt und ist mit Zug und Bus zu unserem Auslandsprojekt angereist.

Mal wieder spät dran, stolpere ich, vorbei an den Menschen, mit Koffer die Rolltreppe des Berliner Hauptbahnhofs herunter. Trotz meiner knappen Ankunft bin ich in bester Reisestimmung, denn gleich steige ich in den Nachtzug nach Budapest. Fast am Gleis angekommen, fische ich mein Handy aus der Tasche, um die Musik zu pausieren. Auf dem Bildschirm lese ich eine Push-Mitteilung der ÖBB, die meinen Nachtzug betreiben: „Die Verbindung von Berlin Hbf nach Budapest Nyugati fährt 30 Minuten später ab. Wir bitten um Entschuldigung.“ Naja, zumindest erwische ich den Zug jetzt auf jeden Fall. Erschöpft sacke ich auf einer Bank am Ende des Gleises zusammen. Eigentlich kann nun nichts mehr schief gehen.

Kurz darauf überschlagen sich die Push-Mitteilungen auf meinem Handy und kündigen eine immer größere Verspätung an. Nach eineinhalb Stunden auf der unbequemen Metallbank bin ich dann doch so langsam müde und genervt. Erst nach zwei langen Stunden trudelt dann endlich der Nachtzug ein. Ich steige mit zwei flotten Schritten die Stufen hoch und zwänge mich mit meinem kleinen Reiserucksack und einem Beutel durch den engen Gang des Liegewagens.

Angekommen in meinem Abteil sehe ich, dass ich heute Nacht wohl mit einer vierköpfigen Familie Vorlieb nehmen werde. Kata und ihre drei Söhne sind eine deutsch-ungarische Familie aus Marzahn. Sie trägt ein lockeres weißes Shirt, ein Tattoo umrankt ihren Arm, sie lacht viel. Wie sie mir erzählt, fährt sie seit fünfzehn Jahren jeden Sommer mit dem Nachtzug nach Ungarn. Es sei das erste Mal, dass dieser Zug Verspätung habe. Zwei ihrer Jungs sind im Teenageralter, einer ist Anfang zwanzig. Wenn sie diskutieren, berlinert es durch den Waggon.



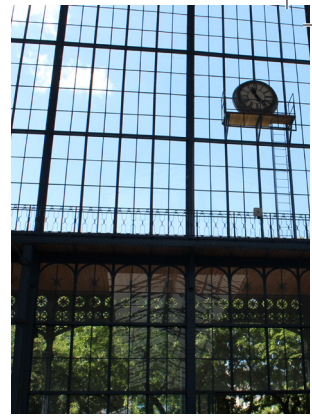
Tram an der Haltestelle Novi Beograd

Klar kenne ich den Balaton!
Allerdings bisher nur aus dem
Geografieunterricht

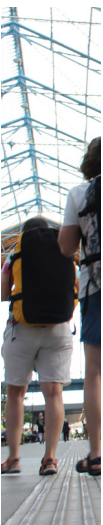
Kata erzählt stolz, dass sie alle in unterschiedlichen Ländern geboren seien: Spanien, Ungarn und Deutschland. Nun sind sie unterwegs zum Balaton in den Urlaub. „Kennst du das?“, fragt sie mich. „Na klar, der Plattensee!“, erwidere ich, „allerdings nur aus dem Geografieunterricht“, schiebe ich hinterher, denn ich bin noch nie dagewesen. Nachdem ich mich über die wacklige Leiter hinauf in mein Bett gehangelt habe, schaue ich mir auf meinem Handy Bilder vom Balaton an und bin beeindruckt. „Da müsste ich eigentlich auch mal hin“, denke ich. Während ich als erster unter meiner Decke verschwinde, höre ich wie meine vier Mitreisenden nur noch mit gedämpfter Stimme sprechen, um mich nicht aufzuwecken. Der Zug ruckelt und knirscht, ich gleite sanft in den Schlaf.

Meine Reise habe ich in drei kleine Teiletappen aufgeteilt. Eine Übernachtung in Budapest, und eine Übernachtung in Subotica, einer Stadt im Norden Serbiens an der Grenze zu Ungarn. Normalerweise gibt es eine Direktverbindung von Budapest nach Belgrad. Allerdings wird diese Strecke aktuell im Rahmen der chinesischen Belt and Road Initiative ausgebaut, überwiegend finanziert durch ein Darlehen der Exim-Bank aus China. Wollte ich auf schnellstem Wege weiterreisen, hätte ich mir an einem Bahnhof an der ungarisch-serbischen Grenze die Nacht um die Ohren schlagen müssen. Darauf hatte ich keine Lust und habe mir vorsorglich ein günstiges Zimmer in Subotica gebucht.

Es ist schon eine intime Situation, in die ich im engen Liegewagen mit dieser Familie eintauche. Ich merke auch, wie mich die Mutter zu Beginn prüfend mustert. Ob ich es denn nicht komisch fände, so ein Sechser-Schlafabteil mit fünf verschiedenen Menschen zu teilen. Ich muss lachen. Naja, ich hätte bisher gute Erfahrungen gemacht und habe auch Vertrauen, dass mir meistens nette Menschen begegnen. Ich komme mir ein bisschen dumm und gutgläubig vor.



Be





Bahnhof Nyugati in Budapest

Emissionsfrei oder emissionsärmer?

Nach Angaben der ÖBB habe ich bereits auf der ersten Etappe von Berlin nach Budapest 208,61 Kilogramm CO₂ gespart. Musik in meinen Ohren. Grundlage für diese Zahlen sind Vergleichszahlen mit dem durchschnittlichen Ausstoß einer Person pro mit einem PKW gefahrenen Kilometer. Gleichwohl wäre für diese Reise nicht das Auto, sondern das Flugzeug eine realistische Alternative gewesen.

Hier hätte ich für die gesamte Distanz von Berlin nach Belgrad etwa 114 Kilogramm CO₂ ausgestoßen, beziehungsweise über das dreifache CO₂-Äquivalent, wenn man die Klimawirkung in der Flughöhe berücksichtigt. Mit Bahn und Bus waren es schlussendlich nur etwa 32 Kilogramm CO₂. Das bedeutet also eine faktische Ersparnis von 308 Kilogramm CO₂. Nicht schlecht, denke ich. Die Recherche zeigt jedoch auch: eine Fahrt ist nie vollkommen „emissionsfrei“. Auch meine Zugreise ist mit einem CO₂-Ausstoß verbunden.

Der Abschnitt zwischen Budapest und Subotica verläuft unspektakulär. Als ich in Subotica ankomme, will ich mir direkt ein Ticket für die Weiterfahrt am nächsten Morgen nach Belgrad kaufen. Die Frau am Schalter schaut mich irritiert an und gibt mir zu verstehen, dass keine Züge nach Belgrad fahren. Sprachlos blicke ich sie an. Darauf war ich nicht vorbereitet. Vorab hatte ich online drei verschiedene Verbindungen pro Tag gesehen. Auf meiner letzten Etappe muss ich nun also doch noch von der Schiene auf die Straße wechseln.



Zug zur ungarisch-serbischen Grenze



Schlaflos in Subotica

Kostenlos mit der Tram durch Belgrad

In meiner Unterkunft suche ich dann nach einer Busverbindung für den nächsten Morgen. Dabei stoße ich schnell auf unterschiedliche Berichte über schlechte Arbeitsbedingungen und sich häufende Busunglücke bei Niš Express. Nun werde ich doch nochmal etwas nervös. Nach einiger Recherche finde ich einen Anbieter, der zwar etwas länger braucht, bei dem aber zumindest keine Unfälle bekannt sind.

Ich denke mir: lieber später ankommen als gar nicht. In der Nacht bekomme ich trotzdem kein Auge zu. Am nächsten Morgen schlendere ich um sechs Uhr durch Subotica und steige in einen alten Mercedes-Reisebus. Ich rutsche tief in meinen Sitz und schlafe sofort ein. Erst das aggressive Hupen und eine abrupte Bremsung des Busfahrers auf einer gigantischen Stadtautobahn reißen mich aus dem Schlaf. Als ich vorsichtig meine Augen öffne, wird mir klar, dass ich es gleich geschafft habe. Wenige Augenblicke später bin ich endlich an meinem Ziel angekommen und berühre Belgrader Boden.

Insgesamt war ich nun drei Tage unterwegs, reine Fahrzeit 24 Stunden. Alleine für den Zwischenstopp in Budapest hat sich die Fahrt schon gelohnt. Allerdings war sie auch mit einem deutlich größeren Aufwand verbunden, da ich die Tickets bei unterschiedlichen Zug- und Busanbietern buchen musste. Insbesondere die Unterkünfte und der Nachtzug fielen ins Gewicht – die Anreise mit Bahn und Zug war fast doppelt so teuer wie der Flug mit einer Billigairline. Die neue Direktverbindung zwischen Budapest und Belgrad hätte meine Reise deutlich erleichtert.

In Belgrad angekommen, steige ich in eine Tram, die mich zur Unterkunft bringt. Am Bahnsteig finde ich keinen Fahrkartenautomaten. Jetzt nur nicht auf den letzten Metern in Schwierigkeiten kommen. Aber wie in Gottes Namen kann ich mir hier ein Ticket ziehen? Vielleicht in der Tram? Ich frage einen Jugendlichen auf Englisch. Er funkelt mich überlegen an und sagt: „it's free!“

Emely Stache (sie/ihr), 24, Bachelor Kulturwissenschaft und Kunst- und Bildgeschichte

Sie filmen, schreiben und protestieren. Die Redaktion der Studierendenzeitung Student ist Nachrichtenquelle für Student*innen und Teil der Protestbewegung zugleich. Ein Einblick in einen Newsroom, in dem journalistische Objektivität und politisches Engagement dicht beieinanderliegen.

Katarina Stanić begleitet im April eine Gruppe protestierender Student*innen auf einer rund 2000 Kilometer langen Laufstrecke von Novi Sad nach Brüssel. Sie dreht Videos, schreibt Artikel für Student, dokumentiert die Erfolge und Rückschläge auf dem Weg zum Europäischen Parlament. Doch die Grenze zwischen Beobachterin und Beteiligter verschwimmt, als sie zunehmend organisatorische Aufgaben im Protest übernimmt. Unerwarteterweise plant Stanić Routenabschnitte, organisiert Verpflegung und Unterkünfte für die Teilnehmer*innen und kommuniziert mit der Polizei bei Grenzübergängen.

Seit 2024 ist sie bei Student, um trotz abgebrochenem Journalismusstudium als Reporterin Erfahrung zu sammeln. Wie alle anderen neuen Mitglieder beginnt sie somit als „Journalist*in“ bei der Zeitung. Viele Mitglieder haben zuvor nie journalistisch gearbeitet, nur wenige haben vor, danach eine Karriere im Journalismus anzustreben.

Isidora Nedić ist die derzeitige Chefredakteurin. Sie begann 2021 als Reporterin, ein Jahr später übernahm sie das Ressort Gesellschaft. Sie ist die erste Chefredakteurin seit Langem, die aktiv Journalismus studiert. Ihr Ziel ist es, neben dem forschungsbasierten Studium praktische Erfahrung zu sammeln. Vielleicht ist es dieser Hintergrund, mit dem sie einräumt: „Aus dieser Perspektive waren wir nicht völlig objektiv, da wir von Anfang an aktiv an den Aktionen der Studierenden beteiligt waren. Trotzdem versuchen wir immer, die Situation so darzustellen, wie sie tatsächlich ist, ohne Voreingenommenheit.“

Zukunftsorientierter Journalismus

Nina Čolić vom Zentrum für Investigative Recherchen Serbiens (CINS) betont, dass Journalist*innen keine Aktivist*innen sein sollten: „Als Student sei ein Aktivist. Aber wenn du im journalistischen Bereich Karriere machen möchtest, solltest du ein paar Schritte vorausdenken. Versuche, so objektiv wie möglich zu sein.“ Sie stützt sich dabei auf eine zentrale Vertrauensfrage des Journalismus, denn wenn Journalist*innen bei Demonstrationen mitprotestieren, können die Leser*innen ihre Berichte als tendenziös wahrnehmen. In ihrem Berufsalltag gilt daher: „Als Journalisten können wir nicht an den Protesten teilnehmen. Wenn wir von den Menschen erwarten, dass sie uns als objektiv wahrnehmen, dann können wir nicht mitmachen.“ Eigene Meinungen müssen zurückgehalten werden, um die Glaubwürdigkeit der Medien zu sichern.

Die Redaktion von Student sieht das entschieden anders. Elena Gligorijević, stellvertretende Chefredakteurin und ebenfalls Ressortleiterin des Ressorts Gesellschaft, argumentiert, dass objektive Berichterstattung und Solidarität mit den Protesten in der Redaktion keinen Widerspruch darstellen: „Wir bemühen uns, objektiv und professionell zu bleiben. Aber als Studierende stehen wir natürlich auch hinter unseren Kommiliton*innen. Weil ihre Forderungen grundlegend sind, unterstützen wir ihren Aktivismus.“

Erbschaft der Schrift und des Protests

Das Spannungsfeld zwischen Schreiben und Mitmachen ist kein neues Phänomen bei Student. Bereits seit der Gründung am 15. März 1937 setzte sich die Redaktion kritisch mit dem jugoslawischen Regime



sowie dessen diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen auseinander. Im Juni des Jahres 1968 kommt es zu Student*innenprotesten gegen Josip Broz Titos Regierung. Student ist mit 50.000 Exemplaren eine zentrale Anlaufstelle für Informationen zum Student*innenleben und darüber hinaus. Doch mehrere Ausgaben werden temporär, einige permanent verboten.



Heute hängt ein Porträt Titos im Redaktionsraum in der Balkanska 4 und erinnert an die Geschichte des Raumes. Eine Etage darunter befindet sich das älteste Studierendenwerk des Balkans („Savez studenata Beograda“), dessen Teil die Redaktion ist.

Gligorijević sieht Parallelen zwischen damals und heute: Student*innen und Professor*innen werden festgenommen oder kollektiv bestraft. Während Tito teilweise Fehler eingestand und einige Forderungen erfüllte, scheint Vučić weit davon entfernt zu sein. Etwa, wenn es darum gehe, die Untersuchungen des Unglücks in Novi Sad zu unterstützen.

Hoffnungslos sei die Lage des Magazins dennoch nicht. Die Redaktion vertraue darauf, weiterhin auf der Website und auf ihren sozialen Medien über die Student*innenproteste zu berichten. Die Mitglieder spüren, dass sie Teil einer Tradition sind. „In solchen schwierigen Zeiten glaubt man leicht, dass das Böse überwiegt“, sagt Stefan Šajkarević. Er trampelte nach Straßburg und verarbeitete seine Erlebnisse in Reportagen. Von seinen Reisen bleiben vor allem die Interaktionen mit den Menschen in Erinnerung: „Gerade in diesen Momenten merkt man, wie sehr die Menschen ihre Hoffnung auf uns setzen.“

Stanić und Šajkarević begleiteten die Proteste nach Brüssel, Straßburg und in weitere Städte Serbiens. Für Mitglieder wie Anđela Jovanović, die Medizin studiert, ist Student eine seltene Chance, mit Worten zu arbeiten. Seit zwei Jahren betreut sie das Wissenschaftsressort. Auch Stanić, die inzwischen Informatik studiert, nutzt die Zeitung, um ihrer Leidenschaft für Journalismus als Hobby nachzugehen. „Wir sind stolz auf sie und froh, dass sie Teil unseres Teams sind“, sagt Gligorijević über das Engagement der Mitglieder.

Pressefreiheit in Serbien

Im Gespräch wird klar, dass, wenn die Redaktion über „wir“ redet, sie sich als Nachwuchsjournalist*innen und Protestant*innen gleichzeitig meint. Und auch wenn Čolić für eine schärfere Trennung plädiert, kann sie es ihnen nicht ganz verübeln: „Die Studierendenproteste der letzten neun Monate haben uns gezeigt, dass wir uns nicht immer zurückhalten können, aber wir sollten es so oft wie möglich tun.“

Für die Redaktion von Student ist die Nähe zur Bewegung unvermeidlich. Sie sind Student*innen, die für Student*innen recherchieren, Erlebtes erklären und auch selbst auf die Straße gehen. Die Linie zwischen Bericht und Beteiligung wird in diesem Rahmen ständig neu verhandelt.

„Man kann keine gesunde politische Debatte führen, wenn man sich in unserer Situation befindet“, sagt Šajkarević. Die Einschätzung von Reporter ohne Grenzen bestätigen diesen Eindruck: Pressefreiheit in Serbien ist stark gefährdet. Während viele regierungsnahen Medien gegen journalistische Standards verstoßen, sind investigative Journalist*innen von Propaganda und politischem Druck bedroht. Verbrechen gegen Medienschaffende werden kaum geahndet. Vor Ort wird klar, dass die Student*innen traditionelle Medien satt haben. „Am konsequentesten wird der studentische Protest in Jugendmedien dargestellt, weil sie von denen gemacht werden, die selbst an vorderster Front stehen“, sagt die Chefredakteurin Nedić. Ihre Perspektive sei einzigartig. Die jungen Medienschaffenden vermitteln, wie Student*innen verstanden werden wollen, ohne reißerisch zu berichten. Sie sind die ersten, die Zugang zu Orten und Plena haben, die professionellen Journalist*innen wie Nina Čolić oft verschlossen bleiben. In der Untrennbarkeit von Bericht und Protest liege die Stärke ihrer Berichterstattung.

Neben dem Rektor der Universität Belgrad, Vladan Dokić, erklären auch zahlreiche Professor*innen offen ihre Solidarität mit den Studierenden – was sie zur Zielscheibe für politische Angriffe macht. Wir haben mit dem Politikwissenschaftler Slobodan G. Markovich von der Uni Belgrad über die Proteste, die politische Situation in Serbien sowie die Rolle der Professor*innen an den Universitäten gesprochen.

UnAuf: Studierende haben uns berichtet, dass die Meinungen der Professor*innen zu den Protesten geteilt sind. Wie haben Sie das in den letzten Monaten erlebt?

Slobodan Markovich: Es gibt eigentlich keine Trennung zwischen Professor*innen und Student*innen. Wir haben eine Meinungsumfrage durchgeführt. 95 Prozent der Studierenden, die sich aktiv an Protesten beteiligen, sind mit der Zusammenarbeit mit den Professor*innen zufrieden. Tatsächlich ist die Zahl der Professor*innen, die den Protest nicht unterstützen, so irrelevant, dass es schon überraschend ist. Es sind weniger als fünf Prozent. Der Staat hat zehn Namen von Professor*innen und fünf Namen von Studierenden. Diese 15 Namen werden seit neun Monaten herumgereicht. Kein einziger Neuzugang. Nichts. Dieselben 15 Namen neun Monate lang. Und das ist alles – die gesamte Unterstützung.

UnAuf: Die Regierung hat als Antwort auf die Proteste die Gehälter von Professor*innen stark gekürzt. In einem von Ihnen veröffentlichten Artikel haben Sie von fast 87,5 Prozent gesprochen. Wie wurde diese Maßnahme gerechtfertigt?

Slobodan Markovich: Es gab zwei Maßnahmen. Die erste wurde im Februar durchgeführt. Die Arbeitszeit von Universitätsdozent*innen teilt sich in 50 Prozent Lehre und 50 Prozent Forschung.

Die Regierung sagte: „Okay, ihr forscht, ihr haltet keine Vorlesungen.“ Also kürzten sie zunächst um 50 Prozent, änderten dann aber die Regelung: In einer 40-Stunden-Woche berechneten sie 35 Stunden für Vorlesungen und fünf Stunden für Forschung. Das Verfassungsgericht hat immer noch nicht entschieden, ob das legal war, obwohl alle glauben, dass es nicht legal war.

UnAuf: Die Professorin Katarina Rasulic hat uns berichtet, dass einige Studierende, aber auch Professor*innen, von den Medien gezielt angegriffen wurden. Haben Sie das Gefühl, dass es seit November letzten Jahres schlimmer geworden ist?

Slobodan Markovich: Das ist ein altes Problem, das besteht, seit die aktuelle Regierung an der Macht ist, also seit den letzten zehn Jahren. Normalerweise richteten sie sich gegen liberale Professor*innen, aber jetzt richten sie sich gegen jeden, der die Regierung nicht unterstützt. Drei Professor*innen meiner Fakultät wurden letztes Jahr angegriffen. Es gab Plakate mit ihren Namen und Gesichtern, wie auf Haftbefehlen, als wären diese Leute Verräter*innen. Es gibt außerdem eine große Kampagne gegen den Rektor der Universität und die Dekane. Das ist nicht nur eine Medienkampagne, sondern wird auch durch angebliche, kürzlich gegründete NGOs verbreitet. Diese NGOs wurden mit dem einzigen Ziel gegründet, verschiedene Dekan*innen und Direktor*innen wegen verschiedener mutmaßlicher Handlungen zu verklagen. Die Staatsanwaltschaft oder die Polizei müssen dann laut Gesetz Anhörungen organisieren, die zu Medienspektakeln gemacht werden. Im Grunde genommen erfüllen sie also keinen wirklichen Zweck. Die Polizei lädt diese Leute ein und spricht mit ihnen, zugespitzt formuliert, über das Wetter in Belgrad. In den regierungsnahen Medien wird nur berichtet, dass diese Leute von der Polizei verhört werden und eine Straftat dahinterstecken müsse.

UnAuf: Welchen Einfluss haben diese Kampagnen auf die gesellschaftliche politische Meinung in Serbien?

Slobodan Markovich: Ich denke, das ist individuell, jeder nimmt es anders wahr. Aber im Grunde ist Serbien eine tief gesplante Gesellschaft und es gibt zwei parallele Realitäten. Das liberale Serbien hat im Grunde keine Ahnung vom anderen und umgekehrt. Die Menschen erhalten zwei völlig unabhängige Informationsquellen. Als lebten sie in zwei völlig verschiedenen Ländern, in zwei vollkommen unterschiedlichen Realitäten.

UnAuf: Wie könnten diese unterschiedlichen Gesellschaften Ihrer Meinung nach in Serbien vereint werden?

Slobodan Markovich: Ich glaube nicht, dass das Land in absehbarer Zeit vereint werden kann. Es spielt keine Rolle, wer an der Macht ist. Es wird tief gespalten sein. So ist es nun einmal. Es wird zwei Serbien geben. Das ist übrigens ein regionales Phänomen. Ähnlich verhält es sich in Kroatien, Montenegro, Ungarn und Polen, Serbien ist also nicht der einzige Fall. Es gibt eine integrative und relativ offene Gesellschaft und eine sehr verschlossene, verängstigte Gesellschaft voller historischer Ungerechtigkeitsnarrative. Auch hinsichtlich des Alters unterscheiden sich diese beiden „Serbien“ stark. Das inklusivere Serbien ist jüngeren oder mittleren Alters. Das andere ist eher auf ältere Menschen ausgerichtet. Auch das Bildungsniveau ist unterschiedlich. So findet man im traditionellen Serbien vor allem Arbeiter*innen.

UnAuf: Glauben Sie, dass durch die Proteste mehr Menschen auf die Seite der Studierenden beziehungsweise auf die liberalere Seite treten?

Slobodan Markovich: Die Studierenden haben ja bereits Unterstützung von über 60 Prozent der Bevölkerung. Ich denke also, sie haben das Maximum erreicht. Sie sind durch ganz Serbien gezogen. Sie haben alle wachgerüttelt. Man sollte sich auch dessen bewusst sein, dass Serbien das Ergebnis der serbischen Bevölkerung und der serbischen Wählerschaft ist, und all dessen, was in den letzten 30 Jahren passiert ist. Es gibt ganze Wellen von Einwander*innen, Exilant*innen, die Kroatien, Bosnien oder den Kosovo verlassen haben. Und diese Menschen sind stärker traumatisiert als andere. Daher wählen sie seltener inklusive liberale Parteien.

UnAuf: Welche Rolle spielen nationalistische Symbole wie die Nationalflagge bei den Protesten?

Slobodan Markovich: Die Studierenden haben uns in unserer Umfrage gesagt, dass sie nationale Symbole absichtlich an sich genommen haben, um zu zeigen, dass sie „uns“ und nicht der Regierung gehören. Wir sollten also stolz auf nationale Symbole sein, weil wir sie tragen. Und nicht, weil die Regierung es tut. Das war ein totaler Schock für die Regierung. Diese hatte ursprünglich versucht, die Studierenden als Verräter*innen darzustellen und sie mit Nazis zu vergleichen. Zu Beginn behauptete die Regierung, die Studierenden würden vom russischen Geheimdienst kontrolliert. Das funktionierte jedoch nicht, da alle russischen Behörden die Studierendenproteste verurteilten. Die serbische Regierung behauptete ebenfalls, es handele sich um eine vom Westen finanzierte Revolution. Aber wenn Studierende eine serbische Flagge tragen, wird es schon etwas schwieriger. Nach wiederholten Aufforderungen der EU-Außenminister*innen, Beweise vorzulegen, konnte der Staat dem nicht nachkommen.

UnAuf: Fahnen der Europäischen Union sieht man hingegen eher seltener. Welche Rolle spielt die Europäische Union in Serbien sowie in den Protesten?

Slobodan Markovich: Auf dem Westbalkan gab es eine Reihe von Staaten, die heute als Stabilitokratien bekannt sind. Stabilitokratien entwickelten sich im zweiten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts und sind zum Beispiel Nordmazedonien, Serbien oder Montenegro. In all diesen Ländern behaupteten die Staats- und Regierungschefs, sie seien sehr fähig und könnten wirtschaftlichen Wohlstand bringen. Und wirtschaftlicher Wohlstand war angesichts der griechischen Wirtschaftskrise für Brüssel und Washington sehr wichtig, weil diese Länder dann in der Lage waren, ihre internationalen Schulden zu bedienen. Dann sind Rechtsstaatlichkeit und damit verbundene Dinge vielleicht nicht so wichtig. Die EU hat das stillschweigend akzeptiert. Bei allen liberalen Akteur*innen – egal ob Studierende, Opposition, NGOs oder in der Wissenschaft – herrscht das Gefühl, die EU habe sich einfach nicht ausreichend mit der Rechtsstaatlichkeit befasst. Deshalb gibt es auch keine EU-Flaggen.



UnAuf: Glauben Sie, dass die meisten Menschen mit liberalen Ansichten den Beitritt Serbiens zur EU trotzdem als Ziel sehen?

Slobodan Markovich: Ich denke, es herrscht eine Ermüdung auf den Seiten Brüssels und der Region, die auf einer Gegenseitigkeit beruht. Je näher der Beitritt rückt, desto präsenter werden Spannungen und Diskussionen. Für alle Länder, abgesehen von Montenegro, sind es aber noch mindestens fünf bis zehn Jahre Verhandlungen und Harmonisierung. Den meisten Menschen ist also klar, dass das nicht so schnell passieren kann. Andererseits hoffen alle, dass die EU die Rechtsstaatlichkeit in der Region, nicht nur in Serbien, ernsthafter und konsequenter betrachtet. Und die jüngsten Reaktionen sprechen dafür.

UnAuf: Viele Studierende stellen sich gerade die Frage, wie es nach neun Monaten Protest weitergehen soll. Gibt es darauf eine Antwort?

Slobodan Markovich: Ich denke, jeder ist sich darüber im Klaren, dass angesichts einer so großen institutionellen Krise wie dieser die Organisation von Neuwahlen der einzige Ausweg ist. Daher glaube ich, dass es sehr schwierig sein wird, dieser Hauptforderung der Studierenden in naher Zukunft zu entgehen. Die Regierung möchte die Entscheidung so lange wie möglich hinauszögern. Aber ich denke, je länger sie die Entscheidung hinauszögert, desto schwieriger wird es für sie. Vielleicht hat sogar die Regierung ein Interesse daran, Wahlen zu organisieren. Ich denke, es ist realistisch, dass zumindest die Wahlen bis Ende dieses Jahres bekannt gegeben werden.

UnAuf: Wir haben mit Studierenden auch bereits über die Neuwahlen gesprochen. Viele von ihnen sind aufgrund der Wahlmanipulation ziemlich besorgt. Was muss sich bei dieser Wahl ändern?

Slobodan Markovich: Bei den letzten Wahlen 2023 war die allgemeine Schlussfolgerung von Wahlbeobachter*innen der EU, dass die Wahlen zwar frei, aber nicht fair waren. Es gibt verschiedene Arten der Manipulation. Die Wählerlisten werden nicht regelmäßig aktualisiert. Viele Serb*innen leben im Ausland, in Deutschland und anderswo, sind aber trotzdem registriert, weil sie Staatsbürger*innen sind. Wenn sie dann in Deutschland sterben und ihre Familien keine Sterbeurkunde einreichen, bleiben sie dauerhaft in diesen Listen.

Die Listen werden also grundsätzlich nicht aktualisiert und dann stellt sich die Frage, ob sie manipuliert wurden. Im Grunde ist es für alle, die daran teilnehmen, von entscheidender Bedeutung, überall Wahlbeobachter*innen zu haben. Ich denke, dass diejenigen, die die Oppositionslisten anführen, besser darauf vorbereitet sein werden als in der Vergangenheit. Alles, was Ende der 1990er Jahre dafür getan wurde, wie die Ausbildung von Wahlbeobachter*innen, wurde etwa Ende der 2000er aufgegeben. Die Leute sagten, es gäbe bereits Demokratie, das brauche man nicht. Jetzt muss man dieses ganze Netzwerk von Grund auf neu aufbauen. Aber ich glaube, es gibt Begeisterung und Enthusiasmus, um das zu erreichen.

Das Interview führte Anne Marie Patzke (sie/ihr), 22, Bachelor Kultur- und Medienwissenschaft.

Anzeige

I wanna party so hard.*

Premiervorschau Spielzeit 2025/26

»Die Wildente«
von Henrik Ibsen
Regie: Thomas Ostermeier
Premiere am 12. September 2025

»Die Seherin«
von Milo Rau
Regie: Milo Rau
Uraufführung
Premiere am 19. September 2025

»Paradiesische Zustände«
von Henri Maximilian Jakobs
Eingerichtet von Thomas Ostermeier
Uraufführung
Premiere am 1. Oktober 2025

*aus: »Call me Paris«
von Yana Eva Thönnies
Regie: Yana Eva Thönnies
Uraufführung
Premiere am 29. Oktober 2025

»Hannah Zabriskey tritt nicht auf«
von Falk Richter
Regie: Falk Richter
Uraufführung
Premiere am 22. November 2025

»Sabotage«
von Yael Ronen
Regie: Yael Ronen
Uraufführung
Premiere am 4. Dezember 2025

Karten: 030 890023, www.schaubuehne.de, Schaubühnen-App

schaubühne

Thordis Schreiber (sie/ihr), 20, Bachelor
Anglistik und Geschichtswissenschaften

Seit neun Monaten finden in Serbien Student*innenproteste gegen die Regierung Aleksandar Vučićs statt. Wie haben die Proteste sich entwickelt, welche Ziele verfolgen die Student*innen und was erhoffen sie sich für die Zukunft? Die UnAuf begleitet einen Studenten durch Novi Sad und schaut, wie es innerhalb der Protestbewegung aussieht.

Wir treffen Nikola Boca am Bahnhof von Novi Sad, dessen Vordach am 1. November 2024 einstürzte und 16 Menschen tötete. Hier liegen Blumen, Kerzen und Kuscheltiere als Zeichen der Erinnerung. Abgesehen davon scheint es fast, als hätte sich seit November 2024 kaum etwas verändert. Noch immer sieht man an dem Gebäude die Stelle, an der das Vordach abgebrochen ist, der Bahnhof ist seltsam still und leer. Ein Polizeiauto steht hier rund um die Uhr. Eine Polizistin verbietet uns, den Bahnhof zu filmen, kann uns aber nicht begründen, weshalb. Regelmäßig versammeln sich hier Menschen für 16 gemeinsame Schweigeminuten in Gedenken an die Verstorbenen. Das eingestürzte Bahnhofsvordach symbolisiert für einen großen Teil der Serb*innen die Intransparenz der Regierung und eine Vernachlässigung der zivilen Sicherheit. So wurde das Ereignis vor neun Monaten zum Auslöser der Protestbewegung gegen die autoritäre Regierung Aleksandar Vučićs. Den Anfang haben die Student*innen gemacht, darunter auch Nikola, der Informatik an der Universität Novi Sad studiert.

Vorher hat er sich kaum für Politik interessiert, jetzt nehmen die Besetzungen der Unigebäude und die Proteste und Plena so viel Raum in seinem Leben ein, dass er den Eindruck vermittelt, er wäre im politischen Aktivismus schon ein alter Hase. Im Gebäude der wissenschaftlichen Fakultät der Universität Novi Sad hat er zwischenzeitlich sogar fünf Monate gelebt. Oft habe er bis spätabends in Plena mit anderen Student*innen diskutiert und musste schon frühmorgens wieder da sein. Der Weg nach Hause hätte sich nicht mehr gelohnt.

Vor unserem Gespräch hat Nikola an einer Debatte über die anstehenden Klausuren teilgenommen, die eigentlich schon im Januar hätten beginnen sollen. Doch der normale Universitätsbetrieb ist seit Monaten stillgelegt.

Sollte man den Protest pausieren und zumindest die Klausuren schreiben? Für Nikola mache es keinen Sinn, das Jahr nicht zu bestehen und viele Student*innen aufgrund der verlängerten Studienzeit in finanzielle Schwierigkeiten zu bringen.



Er selbst müsse dann vielleicht sogar zurück in seine Heimatstadt ziehen und anfangen, zu arbeiten. Dennoch sind die Klausuren eine große Herausforderung, da die Professor*innen auf der Seite des Regimes die Prüfungen nicht an den Lernstand der Student*innen anpassen. In zwei Monaten alles nachzuholen, was man eigentlich in einem Jahr gelernt hätte, sei einfach unmöglich, so Nikola.

Staatliche Repression und Polizeigewalt

Mittlerweile sind nicht mehr alle Student*innen, die am Anfang der Proteste aktiv waren, durchgehend bei den Besetzungen dabei. Nikola verurteilt sie nicht: „Wir haben monatelang gekämpft.“ Tatsächlich haben die Student*innenproteste seit November 2024 eine solche gesellschaftliche und mediale Aufmerksamkeit erregt, dass sie sich über die Zeit zu einer Massenbewegung entwickelt haben. Dabei waren die Beteiligten oft staatlicher Repression und heftiger Polizeigewalt ausgesetzt. Nikola selbst bezeichnet sich als „Glücksbringer“, da er selbst noch keine Polizeigewalt erlebt habe. Er erzählt aber von Komiliton*innen, die aus unerklärlichen Gründen mehrere Stunden von der Polizei festgehalten wurden. Der Student und Fotograf Aleksa Stanković berichtet gegenüber dem CINS, dem Zentrum für investigative Recherchen Serbiens, wie er von drei Polizisten bedroht und aufgefordert wurde, seinen Instagram-Account zu löschen, auf dem er die Proteste dokumentiert. Sie sollen ihn geohrfeigt und seinen Kopf gegen eine Fahrzeugscheibe geschlagen haben. Hinzu kommt der mutmaßliche Einsatz einer verbotenen Schallwaffe auf einer Großdemonstration im März. Der BIA, der serbische Geheimdienst, der eigentlich der Bekämpfung organisierter Verbrechen und der Vorbeugung von Terrorismus dienen soll, habe laut Nikola außerdem Akten für einige Student*innen angelegt.

Wie kommt es, dass der serbische Staat die Demonstrant*innen wie Terrorist*innen zu behandeln scheint?

Nikola beobachtet staatliche Repression in allen möglichen Lebensbereichen. „Wenn du hier kein Teil des Regimes bist, bist du ein Bürger zweiter Klasse“, sagt er. Wie reagieren die Familien der Student*innen auf diese Gewalt? „In Serbien sind gerade erst zwanzig Jahre des Friedens angebrochen, deswegen ist die Gewalt und auch das Thema Krieg noch ein sehr sensibles Thema. Viele Eltern haben Angst, ihre Kinder in einem Bürgerkrieg zu verlieren“, so Nikola.

Wir gehen vom Bahnhof in das Zentrum von Novi Sad, wo sich der Universitätscampus befindet. Bereits in der Innenstadt fallen uns einige Graffitis an den Wänden auf. Immer wieder taucht die rote Hand auf, welche an Blut erinnern soll und von Beginn an als Symbol der Student*innenproteste dient. Der Campus selbst ist belebt, obwohl abgesehen von ein paar Online-Veranstaltungen keine Kurse stattfinden. Nikola grüßt einige seiner Kommiliton*innen. Obwohl sich die Student*innen hier in einer absoluten Ausnahmesituation befinden, wird uns ein Gefühl von Alltag vermittelt. Transparente mit Slogans, zum Beispiel „Ingenieure schweigen nicht!“, hängen von außen an den verschiedenen Universitätsgebäuden, mit Kreide wurde eine 16 auf den Boden gemalt, symbolisch für die 16 verstorbenen Menschen. Auch hier auf dem Campus sehen wir immer wieder das Symbol der roten Hand.

Die serbischen Student*innen und die EU

Von hier aus ist Nikola im April 2025, im Rahmen der Aktion „blokadna pedala“, zusammen mit 79 anderen Student*innen, mit dem Fahrrad 1400 Kilometer bis nach Straßburg gefahren. Am 16. April, dem Tag nach ihrer Ankunft, veranstalteten die Student*innen einen Protest vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und dem Europäischen Parlament. Nikola spricht über die Gemeinschaft, die über die Zeit zwischen den Student*innen entstanden sei. „Wir waren 80 Leute, die sich untereinander kaum kannten. Wir hatten viele schöne Momente zusammen, Berge, die wir hinter uns bringen mussten, kalte Tage und spaßige Bergabstrecken. Die Aktion hat uns auf jeden Fall zusammengebracht“, sagt Nikola. Da er selbst Leistungssport treibt, sei die Tour für ihn keine riesige Herausforderung gewesen, die Teilnehmer*innen hätten sich allerdings stets gegenseitig unterstützt.

Die besondere Protestaktion hatte das Ziel, die Aufmerksamkeit der Europäischen Union auf sich zu ziehen und die EU auf ihre Verantwortung für die Rechtsstaatlichkeit in Serbien aufmerksam zu machen. Die Frage, inwieweit Serbien auf die Hilfe der EU setzen kann und sollte, ist im Land sehr umstritten. Nikola erinnert sich besonders an ein Gespräch zwischen den Student*innen und einem EU-Repräsentanten.

„Während er sich angehört hat, was wir zur Repression und Gewalt in Serbien erzählen, merkte ich, dass er nicht verstehen konnte, wovon wir redeten. Für jemanden aus einer gut organisierten Gesellschaft, dessen Staat einer gewissen Moral folgt, scheint die Korruption, die in Serbien passiert, unvorstellbar zu sein. Ich konnte es in seinen Augen sehen.“ Nicht nur Nikola zweifelt an der Fähigkeit und der Bereitschaft der EU, für die Interessen der serbischen Protestbewegung einzustehen. Im Nachhinein bereut er seine Teilnahme an der „blokadna pedala“ zwar nicht, bezeichnet den Protest aber als kontrovers.

Die NKPJ (Neue kommunistische Partei Jugoslawiens) geht in ihrem Statement zu den Protesten so weit zu behaupten, es handele sich bei den Teilnehmer*innen der „blokadna pedala“ nicht um echte Student*innen und es ginge ihnen ausschließlich um eine Anpassung Serbiens an den westlichen Imperialismus. Die deutsche „Kommunistische Organisation“ veröffentlicht dieses Statement uneingeordnet erneut. Student*innen wie Nikola, die zwar selbst an der „blokadna pedala“ teilgenommen haben, das Verhältnis Serbiens zur EU aber auch kritisch sehen, zeigen, dass es Nuancen innerhalb der Bewegung gibt, bei denen sich eine differenzierte Betrachtung lohnt. Die Aktion habe zumindest, so Nikola, für eine größere Aufmerksamkeit in den internationalen Medien gesorgt, als es vorher der Fall gewesen sei.



Spaltung innerhalb der Bewegung

Wir betreten mit Nikola das Gebäude der wissenschaftlichen Fakultät. Im Foyer werden wir freundlich von den Student*innen empfangen. Hier liegen Flyer, Sticker und Poster mit Werbung und Informationen über die Proteste. Zwei Studentinnen sitzen an einer Art Empfang und notieren unsere Namen und Matrikelnummern. Doch das hier ist nicht nur ein Ort der politischen Organisation, es ist auch ein Ort zum Schlafen, zum Essen und ein Ort der Gemeinschaft. Nachdem unsere Daten notiert wurden, darf Nikola uns das ganze Gebäude von innen zeigen. Die Räume der besetzten Universität wirken wie ein großes, ungemachtes Bett, aus dem jemand frühmorgens aufgesprungen ist, um sich gleich wieder an die Arbeit zu machen. In den Hörsälen und Klassenzimmern liegen Matratzen, Schlafsäcke und Decken auf dem Boden. Ein Klassenraum wurde zu einer Küche umfunktioniert und gespendete Lebensmittel stehen ausgebreitet auf den Tischen. Im Eingangsfoyer sitzen Menschen, die miteinander reden und essen. Uns wird langsam bewusst: Das ist keine zeitweilige Besetzung eines Gebäudes, wie wir sie von Protesten an Berliner Universitäten kennen. Es ist ein Lebensmittelpunkt für die Student*innen.

Wir verlassen den Campus und Nikola zeigt uns den Platz der Freiheit. Hier hat der bisher größte Anti-Regierungsprotest in Novi Sad stattgefunden, organisiert und angeführt von den Student*innen. Doch die Bewegung ist schon lange über die Universitäten hinausgewachsen. Dass mittlerweile ein breiter Teil der serbischen Gesellschaft in den Protesten vertreten ist, sorgt auch für Kontroversen. Immer wieder findet auch eine nationalistische und rechte Rhetorik einen Platz, die sich stark von den eigentlich progressiven Ansätzen der Bewegung unterscheidet. Gerade die serbische Nationalflagge spielt hier eine Rolle. Die Student*innenbewegung hat von Beginn an die serbische Flagge genutzt, um nationale Symbolik nicht der Regierung Vučićs zu überlassen. Durch die Teilnahme nationalistisch eingestellter Menschen, die sich zwar gegen die Regierung, zum Beispiel aber für die Angliederung des Kosovos aussprechen, hat die Nutzung der Flagge bei den Protesten eine kontroverse und komplizierte Rolle angenommen. Laut Nikola haben die Diskussionen darüber, ob die Student*innen die serbische Flagge als Zeichen für sich nutzen sollten, wichtigere Themen in den Hintergrund gerückt. Da bei einem nationalen Protest immer Menschen verschiedener Ideologien und politischer Ausrichtungen zusammen kämen, sei die serbische Flagge auch etwas, was sie alle vertritt. Nikola mag sein Land und seine Leute und ist der Meinung, dass alle gemeinsam gegen die autoritäre Regierung Vučićs kämpfen sollten. Wie es danach weiter gehen soll, werde sich dann herausstellen.



Was bringt die Zukunft?

Vom Platz der Freiheit laufen wir mit Nikola zu einem Protest, der gerade stattfindet und sehen selbst ganz deutlich: Alle Altersgruppen, Gesellschaftsschichten und politischen Ausrichtungen haben im Meer der Flaggen, Banner, Warnwesten und blinkenden Lichter einen Platz. Aber wie viel Druck machen die Menschen der Regierung wirklich noch? „Die Proteste sind nicht mehr annähernd so wichtig, wie sie mal waren“, so Nikola, „Aber es ist wichtig, am Ball zu bleiben.“ Einerseits scheint also mittlerweile die Luft raus zu sein. Das liege daran, dass der Regierung die Proteste egal seien und auch ein großer Teil der Gesellschaft nicht angemessen reagiere, wie Nikola findet. „Teilweise beschwerten sich Leute über unsere Blockaden, weil sie morgens mit dem Auto unterwegs sind und wegen uns zu spät kommen. Sie verstehen einfach nicht, dass es hier um etwas geht, das wichtiger ist als ihr Weg zur Arbeit“, so Nikola.

Manche Formen der Demonstration, wie die regelmäßigen Protestmärsche, findet Nikola mittlerweile selbst etwas ineffizient. Den größeren Sinn der Proteste sieht er darin, dass weiterhin große Massen aktiv im Kampf für die Freiheit Serbiens bleiben. Der Fokus der Student*innen liege jetzt auf der Forderung vorgezogener Parlamentschaftswahlen. Außerdem bilden sie Leute aus, die in Zukunft als Wahlhelfer*innen assistieren sollen, um Wahlbetrug seitens Vučić vorzubeugen. Nikola hofft, dass die neuen Erstsemester sich an den Protesten beteiligen und sie so nicht nur am Leben erhalten, sondern auch für neuen Wind in den Segeln der Bewegung sorgen.

Hannah Isabella Schlünder (sie/ihr), 21,
Bachelor Geschichtswissenschaften und Sozialwissenschaften

Seit Monaten halten die studentischen Proteste nun schon an. Sie finden zwar im ganzen Land statt, aber reichen sie auch über die studentische Bubble hinaus und haben einen langfristigen Effekt auf die gesamte Gesellschaft Serbiens? Besonders wenn der Sommer ein leeres Belgrad und erschöpfte Student*innen mit sich bringt?

Dragoš, ein serbischer Musikstudent mit langen braunen Haaren Anfang 20 schüttelt energisch den Kopf, als ich ihn frage, ob er denkt, die Studierendenproteste in Serbien würden noch etwas an der derzeitigen politischen Korruption im Land verändern. „Die Proteste gehen schon viel zu lange und es interessiert einfach keinen“, schreit er, damit man ihn trotz der dröhnenden Musik der Studierendenparty verstehen kann. Schauplatz des Gesprächs und der Party ist das Gebäude der technischen Fakultäten der Universität Belgrad. Es handelt sich nicht, wie oftmals in Berlin, um eine einfache Fachschaftsparty, sondern um einen Club, der in den Kellergängen des Gebäudes zu finden ist und auf Google-Maps als Klub studenata tehnike verzeichnet ist. Im Innenhof befindet sich sogar eine Bühne mit DJ-Pult, von der aus serbische Hip-Hop-Musik gespielt wird. Mit einer Berliner Studierendenparty ist das nicht zu vergleichen. Es gibt mehrere Floors, auf denen sich dutzende Student*innen tummeln. Die Szenerie lässt wenig auf die derzeitige politische Situation schließen, an der diese Student*innen einen hohen Anteil haben sollten. Feiern sie so ausgelassen, weil sie gar nichts mit den Protesten zu tun haben, die Proteste so gut laufen, dass man feiern kann oder weil die Student*innen resigniert haben? Dragoš Eindruck lässt auf letzteres schließen. Er erklärt, dass es gerade den Versuch gebe, die zwei Klassen der Student*innen zu vereinen: diejenigen, die nur protestieren würden, um nicht studieren zu müssen, und diejenigen, die nicht protestieren würden, um studieren zu können.

Er steht im Durchgang von einem Floor zum anderen und lässt hin und wieder Student*innen vorbei, während er redet. „Aber meine größte Sorge ist, dass wir uns von einer Person aus unseren Reihen manipulieren lassen, dieser oder diese in die Politik geht und den Opportunismus der letzten Jahren nur fortführt.“ Was bei Dragoš mitschwingt, ist in der Tat eine Resignation oder *Demoralization* wie er sie nennt, und ein großes Misstrauen gegenüber der Politik, dabei sind aber nicht nur die korrupten Politiker*innen, wie Serbiens Präsident Aleksandar Vučić, gemeint, sondern institutionalisierte Politik im Allgemeinen.

Die zwei Bauingenieurwesen-Student*innen Isadora und Sonja, die kurz vor ihrem Fakultäts-Plenum, das seit Beginn der Proteste drei Mal die Woche stattfindet, mit uns reden, spiegeln zwar keine ähnliche Resignation wie Dragoš wider, denn: „Die Proteste nehmen kein Ende. Wir haben unsere Hoffnung nicht verloren. Wir haben viele neue Ideen und arbeiten gerade an ihnen“, verdeutlicht Isadora. Jedoch schwingt eine gewisse anti-politische Einstellung in der Aussage mit, dass die Proteste eben auch deswegen noch anhalten würden, weil sie ausschließlich von studentischer Seite aus organisiert und angeführt würden und die politische Opposition keine wichtige Rolle spiele. Die Oppositionspartei Zeleno Levi Front (dt. Grüne Linke Front) ist dennoch auf der Seite der Student*innen, erklären die beiden Parteimitglieder Iva Puzović und Aleksa Prelić in ihrem Belgrader Parteibüro.



Der Studentische Protest: Die Oppositionspartei

Unweit von dem Gebäude der technischen Fakultäten befindet sich in der Nebenstraße Patrijha Gavrila das Büro von Zeleno Levi Front, in dem auch Iva Puzović und Aleksa Prelić arbeiten. Mit dem Fahrstuhl im dritten Stock des Hauses angekommen, öffnet ein Mann in seinen Dreißigern die Tür. Aleksa sei gleich da. Direkt im Eingangsbereich des Parteibüros steht ein Tisch an der Wand, auf dem sich Sticker und Anstecker türmen. Auf den Stickern ist ein roter, blutiger Handabdruck mit den Worten „Krave Su Vam Ruke!“, auf deutsch: „Deine Hände sind blutig!“ Dabei handelt es sich um eines der zentralsten Symbole der Proteste seit dem Einsturz des Bahnhofsvordachs in Novi Sad am 1. November 2024, durch den 16 Menschen umkamen. Laut Protestierenden klebt das Blut dieser Menschen an den Händen Vučićs, seiner Partei SNS, der Serbischen Fortschrittspartei, und der gesamten korrupten Politik des Landes. Passend dazu liegt auf dem Tisch ein Anstecker mit der Aufschrift „Fuck SNS!“. Es scheint so, als spiele Zeleno Levi Front im gleichen Team wie die Student*innen.

Mit einem großen Lächeln, einer großen Portion Selbstbewusstsein und einem festen Händedruck betritt Aleksa Prelić den Eingangsbereich und geht in einen Nebenraum mit zwei Sesseln und einem Sofa. „Hier können wir reden“, sagt er. Die große Frage, die sich stellt: Inwiefern ist die Oppositionspartei Zeleno Levi Front Teil der Studierendenproteste?

Aleksa beginnt: „Das Praktische an den Plena der Student*innen ist, dass sie kein Gesicht haben. Jeder kann

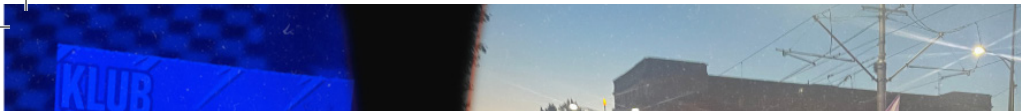


mitentscheiden und abstimmen, aber es gibt niemanden, auf den sich die Medien stürzen können – den sie dämonisieren können. Das ist bei uns anders, über uns wird seit 13 Jahren schlecht berichtet. Das ist ein Grund, warum die Student*innen nichts mit der Opposition zu tun haben wollen.“ Der Fokus der Medien auf Oppositionsparteien habe eine Antihaltung gegen Parteipolitik ausgelöst. In eine Partei einzutreten, irgendeine politische Veränderung durch institutionelle Arbeit bewirken zu wollen, sei unter den Student*innen schlecht angesehen. Man müsse schon einer Bewegung oder einem selbstorganisierten Bündnis beitreten. Er fasst zusammen: „Diese anti-politische Einstellung hat den derzeitigen Studentenprotest sehr geprägt.“ Aber ist Zeleno Levi Front trotz dessen in den Protesten involviert? Aleksa erklärt, dass sie von Beginn an da gewesen seien, um die Student*innen zu unterstützen, aber eben nicht offiziell als Zeleno Levi Front. Student*innen hätten auch den Wunsch geäußert, dass sich die Mitglieder von Zeleno Levi Front nicht durch Anstecker oder andere Logos zu erkennen gäben. Er erklärt: „Dort sind wir nicht Zeleno Levi Front, sondern Zivilist*innen, die an den Protesten teilnehmen. Es ist nicht erlaubt, von der Opposition zu sein, wenn man mit ihnen protestiert.“ Wie er das finde? Nicht gut. Er verstehe zwar, aus welchem Grund dies geschehe

und die Student*innen hätten keine bösen Absichten, aber er wisse nicht, wie sich das auf den zukünftigen Protest auswirke, so ganz ohne Verbindung zur Opposition. Auch, dass es sich bei der aktuellen Forderung um Neuwahlen handele, obwohl die Student*innen nicht wissen würden, wie institutionalisierte Politik funktioniert, besorge ihn.

Das Gespräch wird unterbrochen, als Iva Puzović den Raum betritt. Sie entschuldigt sich für die Verspätung, es sei ihr ein Meeting dazwischen gekommen. Aleksa setzt die kleine, braunhaarige, gerade mal 26 jährige Frau lachend darüber in Kenntnis, dass er gerade über „diese Kinder“ geredet habe. Gemeint sind damit, die Student*innen, die gar nicht mal so viel jünger sind als Iva und er. Iva fügt hinzu, dass ein weiterer Grund, warum sich die Student*innen von der Opposition abgrenzen, ihre politische Inhomogenität sei. Sie seien in diesem Moment noch nicht dazu bereit, eine Seite im politischen Spektrum zu wählen.

Laut Iva sei es ein großes Problem, dass es innerhalb der Bewegung keine Diskussion über die politische Richtung und grundsätzliche Streitthemen gebe, die sogar von Fakultät zu Fakultät schwanken würden, besonders wenn es zu einer Neuwahl kommen soll.



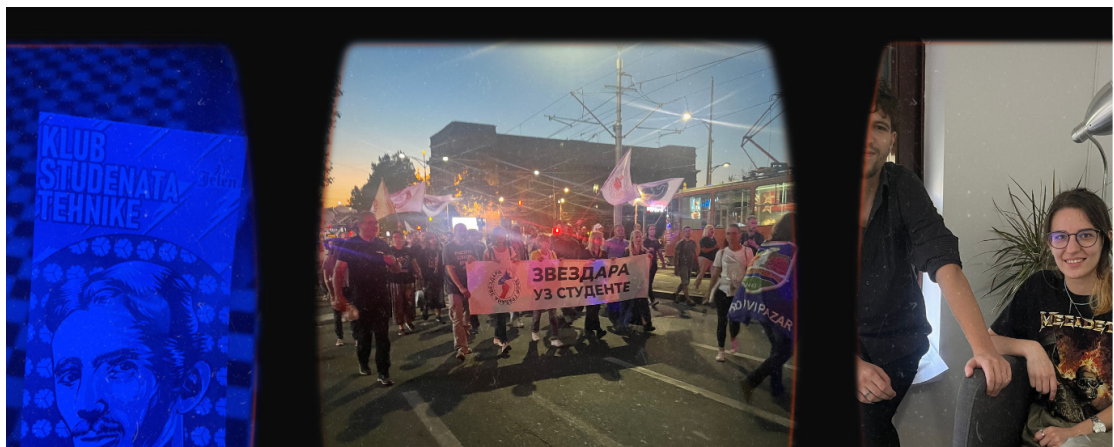
Die beiden sind aber dennoch der Meinung, dass die Bewegung eine Tendenz in die rechte politische Richtung habe und nationale Stimmen auch Gehör erhalten, weil dies eben die Abbildung der tendenziellen eher rechten serbischen Gesellschaft sei. Während oder nach eines Krieges und einer ökonomischen Krise aufzuwachsen, biete den perfekten Nährboden dafür.

Sie verstehe auch wie Aleksa, dass die Student*innen sich von der Opposition fernhalten, „aber sie sind noch so jung und es sollte nicht allein an ihnen hängen, zu kämpfen. Diese Probleme gibt es schon, seitdem sie Kinder sind.“ Zudem finde einfach keine Kommunikation mit anderen Gruppen wie NGOs oder oppositionellen Parteien statt. Aleksa erklärt: „Die derzeitige Situation ist, dass wir versuchen, uns ihnen anzunähern. Zu sagen, wenn ihr dafür bereit seid, mit uns zu reden, sind wir da.“ Ob das passiert, hänge davon ab, wie es mit der Bewegung und den Wahlen weitergeht. Aleksa und Iva sind aber beide der Meinung, dass die Bewegung unwiderruflich etwas in Serbien und der Gesellschaft verändert habe. Die Menschen seien aufgewacht, würden endlich raus gehen und aktiv werden. Die Bewegung sei immer noch genauso stark wie am Anfang, weil die Menschen immer noch an sie glauben würden. Jedoch handle es sich um einen langen, politisch-gesellschaftlichen Prozess, bei dem niemand der „Freiheitskämpfer“ sei und sich Schritt für Schritt etwas verändern muss.

Der studentische Protest: Die Zivilbevölkerung

Um das Vojvoda Vuk Denkmal, einem serbischen Woiwoden aus dem 19. Jahrhundert, tummeln sich Menschen mit Serbienflaggen, EU-Flaggen und welche, die das Symbol einer blutigen Hand auf sich tragen. Was auffällt: es scheinen nicht nur Student*innen zu sein. Menschen jeglichen Alters und Berufsgruppen scheinen Teil dieser Veranstaltung sein zu wollen. Hierbei handelt es sich um keinen Protest von Student*innen, sondern um einen, der von der restlichen Zivilbevölkerung organisiert wurde. Nachdem sich die Gruppe vor dem Denkmal versammelt hat, gibt es ein von außen unbemerkbares Zeichen: die Fahnen bewegen sich mit den Menschen auf die Straße und legen so den Verkehr lahm. Erst wirkt es so, als sei noch nicht ganz klar, was der nächste Schritt sei, doch dann laufen alle mit lauten Rufen in eine Richtung.

Tamara, eine Demonstrantin am Ende ihrer Dreißiger, erklärt: „Sie fordern, dass es Neuwahlen gibt.“ Der Protest sei von verschiedenen bürgerlichen Initiativen organisiert worden. Ziel der Route sind Wohnungen verschiedener SNS-Politiker*innen in Belgrad, um sie mit ihrer Korruption zu konfrontieren. Auf dem Weg zu einer dieser Wohnungen sagt Tamara: „Die Student*innen haben die Bewegung zwar begonnen, aber nach all den Monaten sind sie erschöpft. Das heißt, wir müssen ihnen jetzt unter die Arme greifen und den Protest fortführen.“ Plötzlich kommt die Menge ins Stocken. Taschenlampen leuchten auf und werden auf einen Balkon gerichtet. Wohl der Balkon eine*r SNS-Politiker*in. Die Stimmung heizt sich etwas weiter auf und „Fuck SNS“-Rufe werden immer lauter. „Das hier ist noch ein sehr friedlicher Protest“, meint Gavriilo, ein Freund, den Tamara dazu geholt hat, um über seine Arbeit zu sprechen. Er ist Fotograf und schirmt die Proteste von Beginn an ab. Auf Instagram hat er fast 39 Tausend Follower und Tamara bezeichnet ihn als „den berühmtesten und besten“ Fotografen Serbiens. Gavriilo erzählt, dass es eine wichtige Kraft mit sich bringe, dass die Bewegung sich gerade nur mit dem Feind Vučić und SNS auseinander setze und es keine Zerpflückung von innen gebe. Auch die nationalistischen Stimmen würden zwar innerhalb der Bewegung ruhig gehalten werden, aber dennoch gegen die Korruption mit auf die Straßen gebracht. Später werde man sich schon um die politischen Richtungs- und Institutionsfragen kümmern. Auch wenn sich durch viele Gespräche bemerkbar macht, dass der Protest bereits viele Kräfte gekostet hat, schwingt die Hoffnung und Entschlossenheit in fast allen Stimmen mit, wobei sich eben manchmal als treibende Kraft abgewechselt werden muss.



Emely Stache (sie/ihr), 24, Bachelor Kulturwissenschaft und Kunst und Bildgeschichte.
Sara Walker (sie/ihr), 24, Bachelor Musikwissenschaft und Kunst- und Bildgeschichte.

Das Kollektiv Nas Troje („Wir Drei“) ging zuletzt mit dem Protestlied Pisma Mami („Briefe an Mama“) viral. Der Song der Band zeigt, dass Musik und Meinungsfreiheit verflochten sind. Was macht der Protest mit den serbischen Musiker*innen und wie unterstützt ihre Kunst die Protestierenden?



Vor zwei Monaten begegnet Teodora Stojanović, die Leadsängerin des Kollektivs Nas Troje („Wir Drei“), in den Straßen Belgrads einer älteren Frau. Ihre Augen füllen sich mit Tränen, als sie sich bei ihr bedankt. Ihr Kind sei mit dem Fahrrad auf dem Weg nach Straßburg gewesen, als sie Stojanovićs Lied zum ersten Mal hörte.

Ein bewegender Augenblick für Stojanović, denn sie bemerkt wieder, dass Nas Troje einen Nerv getroffen hat. Das Lied, von dem die Frau spricht, heißt Pisma Mami („Briefe an Mama“) und ist ein Cover des Liebesliedes Pisaću Joj Pisma Duga („Ich werde ihr lange Briefe schreiben“), veröffentlicht 1980 vom Künstler Zdravko Čolić. Damals erzählte es aus der Perspektive eines jugoslawischen Soldaten, der seiner Geliebten Briefe aus der Ferne schreibt. Heute klingt es anders. Nas Troje hat das Lied in eine Bekundung der Solidarität mit den protestierenden Studierenden Serbiens verwandelt. Über 1,4 Millionen Mal wurde das Video auf Instagram seitdem abgespielt.

Nas Troje besteht aus Teodora Stojanović, Marko Jovanović und Stefan Stamenković. Obwohl die Gruppe erst seit Februar letzten Jahres ihre Videos auf Instagram veröffentlicht, kennen sie sich schon viele Jahre. Stojanović und Stamenković sind Schulfreund*innen, Jovanović lernte Stamenković später im Berufsleben kennen. Was als gemeinsames Musikprojekt unter Freund*innen begann, hat sich seit Anfang 2024 stetig weiterentwickelt. Stojanović bringt jahrelange Musikerfahrung mit, singt und spielt Klavier und auch Jovanović beteiligte sich schon früh an einigen Musikprojekten. Er bezeichnet das Kollektiv grinsend als „Schlafzimmer-Coverband“ („kućni cover bend“): Stamenković übernimmt dabei die kreative Leitung und produziert ihre visuellen Inhalte. Stojanović und Jovanović widmen sich den musikalischen Aspekten. Sie schreiben Texte bis Titel um und interpretieren alte Lieder neu.



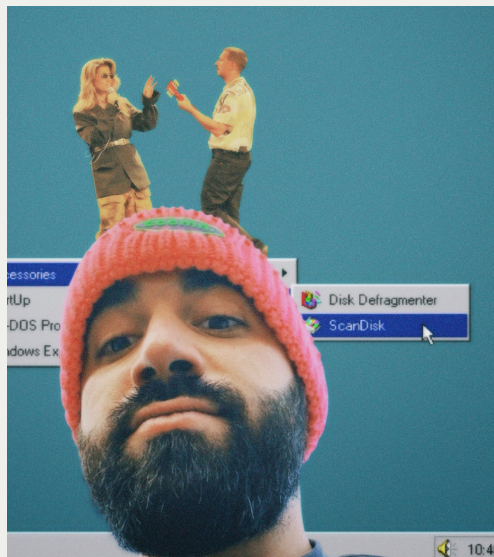
Die Entstehung des Protestliedes

Mit dem Beginn der Proteste hat sich Stojanovićs Alltag verändert. „Ich bin die ganze Zeit gestresst, ich bin traurig und wütend“, sagt sie. Sie lehrt Innenarchitektur an der Universität der Künste in Belgrad. Im Rahmen der Gehaltskürzungen infolge der Blockade ihrer Fakultät wurde von Februar bis August nur ein Zehntel ihres Gehalts ausgezahlt. Trotz dieser finanziellen Belastung empfindet sie Mitgefühl für ihre Student*innen. Die Blockade eröffnet ihr eine neue Perspektive: „Für mich war es die einzige Zeit in meinem Leben, in der ich Hoffnung gespürt habe. Ich glaube, dass sich endlich etwas verändert.“



Das Kollektiv verfolgt die Proteste aufmerksam. Als im April eine Gruppe von Student*innen beschließt, mit dem Fahrrad nach Straßburg zu fahren, ist für Stojanović, Jovanović und Stamenković klar, sie wollen diese Aktion kreativ unterstützen: „Wir wollten den Liedtext ändern und den Weg beschreiben, den sie auf sich nehmen“, erklärt Jovanović. „Die Perspektive der Briefe wollten wir an eine andere wichtige Person anpassen. Eine Mutter ist wahrscheinlich die Person, die sich am meisten diesen Brief wünscht.“

So entsteht die neue Version des Kultsongs: Leuchtende Pedale im Dunkeln in der ersten Strophe, ein Seitenhieb auf die Regierung in der zweiten und ein Refrain, der schließlich verrät, welchen Weg die Studierenden gefahren sind. Etwa drei Tage vor Ankunft der Student*innen in Straßburg veröffentlichen Nas Troje das Lied, in der Hoffnung, dass es die Radfahrer*innen unterwegs erreicht.



Singen statt Schweigen

Das Cover rückt die Wahrnehmung von Čolićs Lied in einen neuen Kontext, da die Veränderungen des Textes das Lied mit zeitgenössischen Bildern des Protestes auflädt. Die virale Rezeption auf Instagram zeigt, dass sich das serbische Publikum in der gesellschaftlich aufgeheizten Situation mit Nas Trojes Kommentar zu Themen wie Heimat, Zugehörigkeit und Verlust identifiziert. Die Serb*innen projizieren ihre Erfahrungen in den Song. Hierbei entwickelt sich das Cover zu einem Protestlied und entfaltet seine Wirkung vor dem Hintergrund der Wiedererkennbarkeit der Melodie. Es ist diese Wiedererkennbarkeit, die dazu führt, dass bei den serbischen Hörenden Erinnerungen geweckt werden und sich bei ihnen die neue Botschaft des Liedes einprägt.



Protestlieder dienen primär als Ventil für marginalisierte Gruppen. Sie helfen sowohl politische als auch soziale Bewegungen ins Leben zu rufen und dienen als Mittel, um Meinungsfreiheit zu praktizieren. Schon im 19. Jahrhundert traten sogenannte „Antikriegslieder“ auf, die sich in die Kategorie der Protestmusik einordnen lassen. Auslöser für solche Lieder waren nicht allein Kriege, sondern auch Revolutionen, Wirtschaftskrisen oder der Kampf um Rechte in totalitären Systemen. In den letzten zwei Jahrhunderten hat sich aus Protestliedern ein neues Genre entwickelt, das die Musikkultur nachhaltig geprägt hat. Protestmusik ist stilistisch nicht auf ein Genre beschränkt und kann daher in unterschiedlichsten musikalischen Formen, wie beispielsweise der Popmusik, dem Rap, Blues, Folk und Punk, auftreten. Ein prägendes Beispiel für erste Ursprünge der Protestlieder ist der Blues der afroamerikanischen Südstaaten, dessen Wurzeln in den Gesängen der Sklav*innen liegt und der zur Basis zahlreicher moderner Musikrichtungen wie Rock, Jazz, R’n’B und Hip-Hop führte. Unterschiedliche Musikgenres sprechen spezifische Gruppen an. Diese Communities prägen die Stilrichtungen und mobilisieren neues Publikum. Das stärkt wiederum die Bewegungen.

Perspektiven der Musik in Gegenwart und Zukunft

Protestlieder dienen nicht nur zur Mobilisierung von Menschengruppen, sondern schaffen oft kollektive Hoffnung. Sie helfen den Protestierenden, eine gemeinsame, lautere Stimme zu bekommen. Für das Cover des Kollektivs trifft dies genauso zu: Der Song verbindet Studierende und die Menschen, die mit ihnen protestieren, in ihrem gemeinsamen Kampf. Auch die Kommentare des Videos zeigen, dass Nas Troje die Zuhörer*innen berührt. Ein*e Hörer*in schreibt: „Es ist das, was ich lange gesucht und nun gefunden habe.“

Inzwischen feiert Nas Troje erste Auftritte. Stolz erzählen sie, dass Künstler*innen deren Songs sie covern, sich bei ihnen bedanken. Auch über Pisma Mami hinaus haben sie Erfolg und werden inzwischen in ihrem Alltag von Fans für Fotos angesprochen.

Das Lied dient dabei dazu, den Druck der starken Emotionen abzulassen, die der Protest in Nas Troje und den Serb*innen hervorruft. Indem sie die Botschaft des Protests ausdrücken, sprechen sie ein vielfältiges Publikum an. Das Werk ist als Ursprung ihres Erfolgs zu verstehen. Fruchtbar ist der Boden, auf dem sie wachsen, denn das Kollektiv empfindet die Musiklandschaft Belgrads derzeit als karg. Doch das kann sich mit ihnen ändern. Schon jetzt widmen sie sich neuen Projekten und wollen in Zukunft Filmmusik produzieren. Ob sie damit nicht nur die Protestierenden, sondern auch Protestlieder anderer Musiker*innen inspirieren, bleibt offen.

Fotos: Marko Jovanović



Das CINS, das Zentrum für investigative Recherchen Serbiens, ist eines der einflussreichsten investigativen Medien in Serbien und deckte zum Beispiel im Jahr 2023 Wahlbetrug durch die Regierungspartei auf. Die UnAuf spricht mit der Journalistin Nina Čolić vom CINS über investigativen Journalismus, die Pressefreiheit in Serbien und die Rolle der Student*innenproteste.

UnAuf: Wieso hast du dich für Investigativ- und Videojournalismus entschieden?

Nina Čolić: Ich habe erst fünf Jahre lang bei einer Tageszeitung gearbeitet, mir war aber schon vorher klar, dass ich im investigativen Journalismus, an der Aufdeckung von Korruption und Verbrechen, arbeiten möchte. Bei meiner letzten Stelle habe ich im Bereich Social Media gearbeitet und TikToks produziert. Beim CINS haben Leute erkannt, wie wichtig eine Social-Media-Präsenz ist, und haben eine eigene Stelle dafür eingerichtet.

UnAuf: Hat sich die Pressefreiheit in Serbien seit dem Vorfall im November 2024 in Novi Sad verändert?

Nina Čolić: Ich glaube, dass sich die Polarisierung der Medien, die vorher schon sichtbar war, noch verstärkt hat. Neben den sogenannten objektiven Medien, die sich an einen gewissen ethischen Kodex halten, haben wir die regierungsfreundlichen Medien. Dort wird Falschinformationen gerne eine Plattform geboten. Teilweise haben diese Medien auch persönliche Daten von Student*innen, die an den Protesten beteiligt waren, veröffentlicht.

UnAuf: Wie setzt die Regierung unabhängige Medien und investigative Journalist*innen unter Druck?

Nina Čolić: Vor allem im NGO-Sektor hatten wir vor ein paar Monaten Razzien, bei denen die Polizei in Büros nach Unterlagen gesucht hat, die beweisen sollen, dass NGOs von der EU oder den USA bezahlt werden. Auf der anderen Seite stehen wir auch unter finanziellem Druck, da wir nicht staatlich finanziert werden, sondern auf Spenden angewiesen sind. Außerdem werden durch regierungsnahen Medien immer wieder Falschinformationen über uns veröffentlicht. Auch Klagen gegen NGOs oder Journalist*innen sind nicht ungewöhnlich. Wir stehen also jeden Tag unter konstantem Druck. Besonders habe ich das bei der Tageszeitung gemerkt, bei der ich gearbeitet habe. Beim CINS scheint die Regierung vorsichtiger zu sein, negativ über uns zu reden, da sie wissen, dass eine breite Masse uns als wichtiges und wertvolles Medium wahrnimmt.

UnAuf: Ist es schwierig, sein privates Leben vom professionellen Leben zu trennen, wenn man aufgrund seines Berufs unter ständigem Druck steht?

Nina Čolić: Es gibt keine Trennung mehr zwischen Privatem und Beruflichem. Einige meiner Kolleginnen und Kollegen haben Kameras in ihren Wohnungen installiert oder überprüfen ständig, ob ihre Standortdaten von jemandem verfolgt werden. Wer in Serbien Journalist*in wird, ist sich bewusst, dass einem aufgrund der Arbeit etwas zustoßen kann. Als CINS eine Undercover-Recherche durchführte, die aufdeckte, wie die regierende Partei Wahlen manipuliert, musste die verantwortliche Journalistin nach der Veröffentlichung besondere Sicherheitsmaßnahmen ergreifen. Sie musste aus ihrer Wohnung ausziehen, öffentliche Verkehrsmittel meiden und durfte niemals allein auf die Straße gehen, da die Reaktionen der Behörden oft unberechenbar und potenziell gefährlich sind. Eine solche Recherche nimmt dein ganzes Leben ein.

UnAuf: Wie beeinflusst investigativer Journalismus das politische Klima in Serbien?

Nina Čolić: Investigativer Journalismus in Serbien spielt eine entscheidende, aber schwierige Rolle. Durch die Aufdeckung von Korruption, Wahlmanipulation und Verbindungen zwischen Politik und organisierter Kriminalität schafft er öffentliches Bewusstsein und löst mitunter Proteste aus, während er zugleich internationale Aufmerksamkeit auf sich zieht. Anstatt jedoch institutionelle Reformen anzustoßen, führt solche Berichterstattung häufig zu Druck auf Journalist*innen, was die Polarisierung zwischen regierungsnahen und unabhängigen Medien weiter vertieft. Ich denke, das sehen die Menschen. Für die Gesellschaft ist diese Art von Journalismus entscheidend, um zu verstehen, wo wir derzeit stehen.

UnAuf: Trägt die Angst vor der politischen Situation und einem möglichen Bürgerkrieg zu dem Verlust kritischer Berichterstattung bei?

Nina Čolić: Ich glaube, dass es kritische Berichterstattung eher fördert, als vermindert. Dass das Thema Bürgerkrieg in Serbien noch immer sehr lebendig ist, nutzen die regierungsfreundlichen Medien allerdings aus, um weiter Angst zu verbreiten.



Es bestärkt also auf jeden Fall nationalistische Propaganda. Meiner Meinung nach fallen die Student*innen darauf aber nicht rein und zeigen, dass alle Menschen, unabhängig von Nationalität oder Religion, in der Bewegung für eine demokratischere Gesellschaft vereint sind.

UnAuf: Mit der Entwicklung der Student*innenproteste zu einer Massenbewegung nehmen teilweise auch Leute mit einer stark nationalistischen Ideologie teil. Wie berichtet man über eine Bewegung, die in sich selbst so gespalten ist?

Nina Čolić: Gute Frage. Bei dem Versuch, die Proteste als Ganzes zu repräsentieren, haben wir zum Beispiel Livestreams gemacht. Dabei haben wir beschrieben, was wir sehen, was wir riechen und was wir hören. Wir haben nichts analysiert. Für mich geht es bei den Protesten weniger um linke oder rechte Ausrichtungen und mehr um eine Veränderung unserer Institutionen. Es geht dabei nicht um Identität, sondern vielmehr um den kollektiven Willen, Institutionen zum Wohle aller Bürger*innen zu verändern.

UnAuf: Was für eine Art von institutionellem Schutz gibt es für Journalist*innen in Serbien?

Nina Čolić: Keinen. Die institutionelle Unterstützung, die serbische Journalist*innen in der Theorie haben, funktioniert nicht. Wenn Journalist*innen attackiert werden, bleibt der Fall bei der Polizei und bei den Gerichten meistens in irgendeiner Schublade liegen. Wir kriegen auch keine Informationen durch offizielle Institutionen. Systematische Unterstützung haben wir also gar keine.

UnAuf: Würde sich deiner Meinung nach etwas an der Pressefreiheit und der Rechtsstaatlichkeit in Serbien ändern, wenn die EU mehr Verantwortung übernehmen würde oder Serbien sogar Teil der EU wäre?

Nina Čolić: Da bin ich mir nicht sicher. Die letzten neun Monate sah es nicht so aus, als würde die EU versuchen, zu helfen.

Auch die serbischen Student*innen scheinen wahrzunehmen, dass es von Seiten der EU aus eine Art stille Unterstützung Vučićs gibt. Das entspricht natürlich nicht den offiziellen Werten der EU. Wir könnten über die möglichen Hintergründe sprechen, wie das Interesse der EU an Lithium in Serbien. Eine konkrete Unterstützung von Seiten der EU, die nicht nur aus Worten besteht, ist auf jeden Fall nicht zu spüren.

UnAuf: Was macht dir sonst Hoffnung für die Zukunft Serbiens?

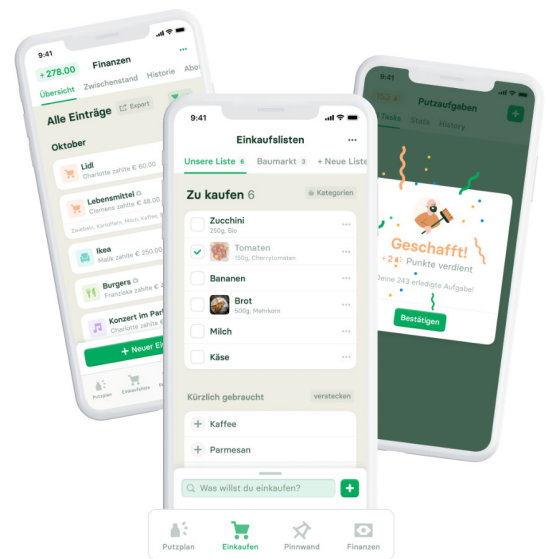
Nina Čolić: Ich finde, gerade befinden wir uns im Standby-Modus. Es wird niemals wirklich einfach für Journalist*innen sein, aber ich denke, wir müssen noch härter arbeiten, um an wichtige Informationen zu kommen. Ich glaube außerdem, dass Leute mehr im Bereich der Medien geschult werden müssen. Denn Propaganda wird sich dir nicht vorstellen und sagen: „Hey, ich bin Propaganda.“ Es ist wichtig, dass wir in Zukunft wieder ein demokratisches System haben, in dem auch Journalist*innen in einer besseren Lage sind. Diese Perspektive macht mir Hoffnung.

Das Interview führte Thordis Schreiber (sie/ihr), 20, Bachelor Anglistik und Geschichtswissenschaften

Anzeige

ft Flatastic

Und der Haushalt? Läuft.



Zusammenleben ist toll, aber nicht immer einfach. Flatastic hilft euch bei der Organisation von allem was im Haushalt so anfällt. Damit mehr Zeit und Energie für die schönen Dinge bleibt.

Für



WGs



Pärchen



Familien

Flatastic herunterladen:



www.flatastic-app.com

Martin Mühl (er/ihm), 28, Bachelor Philosophie und Europäische Ethnologie

Im August 1995 eroberten kroatische Truppen die serbisch regierte Republika Krajina. Etwa 200.000 Serb*innen flohen oder wurden vertrieben. Das Gedenken in Serbien an die Geschehnisse wurde auch dieses Jahr nationalistisch vereinnahmt.

Schon bei der Ankunft mit dem Zug fallen unzählige Reisebusse auf, die aus allen Teilen Serbiens und der Republika Srpska Anhänger*innen des serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić nach Sremski Karlovci bringen. In der Kleinstadt an der Donau nahe Novi Sad findet dieses Jahr die offizielle Gedenkveranstaltung zur Operation Oluja statt. Die Operation Oluja war eine Offensive der kroatischen Armee Anfang August 1995, bei der sie große Teile der 1991 errichteten Republika Srpska Krajina, ein von Serb*innen kontrollierter De-Facto-Staat in Kroatien, einschließlich der Hauptstadt Knin, zurückeroberte. Während die Operation Oluja in Kroatien als Akt der Befreiung gefeiert wird, gilt sie in Serbien als ethnische Säuberung.

Die Veranstaltung gibt also nicht nur einen Einblick in die nach wie vor bestehende Anhängerschaft Vučićs, sondern auch in die Erinnerungskultur Serbiens. Die Opposition ruft dieses Jahr zum Boykott der Veranstaltung auf, dem sich auch die Gemeindevertretung von Sremski Karlovci anschließt. Stattdessen hat sie für den darauffolgenden Abend eine eigene Gedenkkundgebung in Novi Sad organisiert. Nach Meinung der Protestierenden werden die meisten Teilnehmer*innen der offiziellen Veranstaltung von der Regierungspartei SNS oder staatseigenen Unternehmen bezahlt. Überprüfen lassen sich die Vorwürfe für die UnAuf nicht.

Die Regierungsveranstaltung trug dieses Jahr den Titel „Oluja je pogrom“. Oluja ist ein Pogrom auf deutsch. Dieser Titel gibt die geschichtsrevisionistische Schlagseite der Veranstaltung vor, was nicht heißt, dass es keine Kriegsverbrechen von kroatischer Seite an der serbischen Bevölkerung der Krajina gab.

Nach Angaben der kroatischen Menschenrechtsorganisation Documenta sind mehr als 200.000 Serb*innen durch die Operation Oluja gewaltsam vertrieben worden. Etwa 1000 Menschen wurden ermordet. An Flucht und Vertreibung der Krajina-Serb*innen vor 30 Jahren zu erinnern, ist ein legitimes erinnerungskulturelles Anliegen. Das Problem dieser Veranstaltung ist, dass so getan wird, als hätte es in den dreieinhalb Jahren zuvor, in denen die Republika Krajina bestand, keine Verbrechen an der kroatischen Bevölkerung gegeben. Historiker*innen gehen davon aus, dass mehr als 170.000 Kroat*innen nach der Etablierung der Republika Krajina aus dem Gebiet vertrieben wurden. Die Journalisten Krsto Lazarević und Danijel Majić haben diese im postjugoslawischen Raum weit verbreiteten Geschichtsmythen und revisionistischen Auslassungen in einer Folge des Podcasts Neues vom Balla-Balla Balkan unter der polemischen Überschrift „Alles Faschos außer wir“ zusammengefasst.

Sobald wir aus dem Zug aussteigen, fängt es an zu regnen und wir suchen, wie viele andere, unter dem Dach der örtlichen Tankstelle Schutz. Da wir auf den Niederschlag nicht vorbereitet sind, nutzen wir die Gelegenheit, Müllsäcke zu kaufen, die sich zu Regencapes umfunktionieren lassen. Im Gedränge an der Kasse, die Tankstelle gleicht inzwischen einer Sauna, fällt den, teils in serbische Fahnen gehüllten, Nationalist*innen auf, dass wir aufgrund unseres studentischen Aussehens und fehlender Sprachkenntnis nicht auf die Veranstaltung passen. Das führt dazu, dass wir böse Blicke und in einem Fall einen hämischen Kommentar eines umstehenden, breitschultrigen Veranstaltungsbesuchers ernten.

Der Gedenkgottesdienst wird von Patriarch Porfirije, dem Oberhaupt der serbisch-orthodoxen Kirche, gefeiert. Porfirije hat sich in den Jahren nach seiner Ernennung 2021 stets loyal gegenüber der Regierung gezeigt und bei einem Besuch in Moskau bei Patriarch Kyrill in Bezug auf die Studierendenproteste davon gesprochen, dass die Proteste aus dem Ausland gesteuert seien.

Indes strömen immer mehr Menschen auf das Veranstaltungsgelände, so dass nicht alle Besucher*innen auf den Platz vor der Bühne passen und sich im angrenzenden Park vor den dort aufgestellten Leinwänden und Lautsprechern positionieren, wo der Regen zum Glück nachgelassen hat. Auf den Gottesdienst folgen Berichte von Zeitzeug*innen und Bilder von Verstorbenen und den Häusern, aus denen sie vor 30 Jahren vertrieben wurden. Dabei bezeichnen sie die kroatischen Eroberer konsequent als „hrvatske ustaše“, kroatische Ustascha auf deutsch, in Anlehnung an kroatische Faschisten, die während des Zweiten Weltkriegs Hunderttausende Serb*innen in Todeslagern wie Jasenovac ermordeten. Zwar gab es in Kroatien während der Jugoslawienkriege paramilitärische Einheiten, die sich in Ideologie und Auftreten in die Tradition der Ustascha stellten, solch eine Verallgemeinerung, wie sie in Sremski Karlovci präsentiert wird, entbehrt aber jeglicher historischer Grundlage.

Inzwischen stehen immer mehr Menschen auf dem Veranstaltungsgelände. Vor der Bühne stehen die Besucher*innen so gequetscht, dass niemand mehr vorbeikommt, dennoch drängen immer mehr Besucher*innen auf den Platz. Die Ordner*innen wirken mit der Situation überfordert und es gelingt ihnen nicht, die Menschenmassen zu entzerren. Pünktlich zur Rede von Milorad Dodik beginnt es erneut zu regnen. Dodik ist Präsident der Republika Srpska, der serbisch dominierten Teilrepublik innerhalb Bosnien-Herzegowinas, die etwa die Hälfte des Staatsgebiets umfasst. Zwei Tage zuvor wurde Dodik vom Obersten Gericht Bosnien-Herzegowinas zu einem Jahr Gefängnis und einem sechsjährigen Verbot politischer Betätigung verurteilt, weil er sich über Anordnungen des von den UN ernannten Hohen Repräsentanten hinweggesetzt hatte. Dodik leugnet den Genozid von Srebrenica im Juli 1995, bei dem bosnisch-serbische Truppen etwa 8000 Bosniak*innen ermordeten.

Bevor wir weiter zusammengedrückt werden, bahnen wir uns den Weg, weg von der Bühne in den benachbarten Park, von wo aus wir die Rede des serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić verfolgen. Bevor Vučić zu reden beginnt, erschallen laute „Kosovo je Srbija“-Sprechchöre. Die Frage, ob Kosovo zu Serbien gehört, hat zwar nichts mit der Operation Oluja zu tun, drückt aber ebenso wie die Trauer um die Krajina großserbische Fantasien im Publikum aus. Vor der Bühne schwenken Anhänger*innen des Präsidenten Fahnen mit seinem Konterfei. Die Frankfurter Rundschau zitiert Vučić mit folgenden Worten: „Wir werden nie wieder zulassen, dass ihr die Freiheit eines Serben in irgendeiner Weise bedroht.“ Eine Aussage, die sich auf die Verurteilung Dodiks in Bosnien-Herzegowina bezieht. Vučić betonte, dass die internationale Gemeinschaft Serbien seit den Jugoslawienkriegen ungerecht behandle und er es nicht zulassen werde, dass Serbien zum Diener ausländischer Mächte wird.

Vom Regen durchnässt, in schlecht sitzende Müllsäcke gehüllt, verlassen wir das Veranstaltungsgelände und bahnen uns unseren Weg zurück zum Bahnhof. Da die meisten anderen Kundgebungsteilnehmer*innen mit Reisebussen angereist sind, finden wir einen Sitzplatz und sind froh, dass uns der Zug sicher zurück nach Belgrad bringt, und wir Regen, Nationalismus und Geschichtsrevisionismus entfliehen können.

Anzeige

#wirsindvoneinfach(buch)

Mehr als eine Buchhandlung:
Dein Partner fürs Studium!

Pädagogik
Medizin
Soziologie
Naturwissenschaften
Gender
Jura

Dussmann
das KulturKaufhaus

Mo-Fr 9-24, Sa 9-23:30 Uhr
Berlin, Friedrichstraße 90
kulturkaufhaus.de



Protestwellen rollen über Serbien. Nachdem ein Bahnhofsvordach in Novi Sad beim Einsturz letzten Jahres 16 Menschen in den Tod gerissen hat, findet das Land keine Ruhe. Doch das ist nur die Spitze des Eisbergs. Historiker Nenad Stefanov im Gespräch über Nationalismus und Spaltung in der Geschichte Serbiens.

UnAuf: Schlägerbanden und Schallkanonen zählen mutmaßlich zu den Instrumenten des Präsidenten Vučić. Mit diesen versucht er seit November letzten Jahres, die Protestbewegung in Serbien klein zu halten. Herr Stefanov, mit wem haben wir es hier zu tun?

Nenad Stefanov: Erstmal sollten wir sehen, dass sich seit 2012 eine neue politische Elite herausgebildet hat. Die einzelnen politischen Akteur*innen haben jedoch eine längere Vorgeschichte bis in die 1990er Jahre zurück. Also in die Zeit des Zerfalls Jugoslawiens. Kriege um ethnisch homogene Territorien, die von 1991 bis 1995 gedauert haben und mit dem Friedensvertrag von Dayton, Ohio geendet sind. Dazu kommt die NATO-Intervention im Kosovo 1999. In Makedonien kam es 2001 nochmal zu einer mehrere Wochen dauernden militärischen Auseinandersetzung zwischen der makedonischen Armee und albanischen Separatisten. Das heißt, wir haben es in diesem Raum über zehn Jahre mit einer Präsenz von Gewalt zu tun.

Zugleich gab es in dieser Zeit und danach immer auch das Bestreben nach demokratischer Partizipation und Rechtsstaatlichkeit. Doch letztlich lässt sich die Erfahrung von Gewalt und Vorstellungen von Ordnung nicht so schnell auflösen. Das hängt davon ab, wie politische Akteur*innen diese Erfahrungen reflektieren.

Sicherlich ist auch noch wichtig, dass wir seit 2012 eine Regierung haben, die mit verantwortlichen Personen aus den 1990er Jahren besetzt ist. Dabei waren seit Ende der 2010er Jahre viele politische Akteur*innen der EU und Deutschlands, besonders in der CDU, überzeugt, dass gerade diese Politiker*innen erfolgreicher das Projekt eines EU-Beitritts in diese Gesellschaft hinein vermitteln können.

Doch durch die Abschwächung der Integrationsbereitschaft der EU an die beitrittswilligen Staaten kam es zu einer Art Renationalisierung dieser politischen Akteure.

UnAuf: „Er war schon immer im Kern ein serbischer Nationalist“, sagt Politikwissenschaftler Vedran Džihic über Vučić. Teilen Sie diese Auffassung und warum?

Nenad Stefanov: Ich denke, dass Vedran Džihic da sicherlich nicht falsch liegt. Doch man muss ergänzen, dass die Vorstellung von geschlossenen ideologischen Systemen nicht das trifft, was wir in den letzten 50 Jahren erlebt haben. Das, was wir lange als Ideologien bezeichnet haben, ist heute viel flexibler.

Was wir in den 1990er Jahren unter Nationalismus verstanden haben, existiert nicht mehr in dieser Form. Das bedeutet nicht, dass die politische Herrschaft heute nicht mehr repressiv ist. Es handelt sich um nahezu beliebige Versatzstücke aus allen möglichen Resten bisheriger Ideologien. Das sehen wir bei der AfD, in Ungarn, Polen etc.

Ein Element haben alle gemeinsam: Fremdenfeindlichkeit und Ethnonationalismus, das Verständnis von Nation als Abstammungsgemeinschaft.

UnAuf: Bevor Serbien 2006 zu dem Staat wurde, den wir heute kennen, gab es den Staat Jugoslawien. Dazu gehörten ursprünglich sechs Teilrepubliken. Welche Rolle spielte Serbien beim Zerfall von Jugoslawien?

Nenad Stefanov: Wie mein Doktorvater Holm Sundhausen einmal gesagt hat: Serbien war die größte Republik dieser Föderation und sicherlich kommt der größten Republik die größte Verantwortung zu. Die politische Elite in Serbien, unter der Führung von Slobodan Milošević, hat sich einerseits international als Verteidiger des Bundesstaates dargestellt. Andererseits hat sie versucht, ein Gebiet zu schaffen, in dem alle Serb*innen weiterhin in einem Staat leben. Der Fortbestand Jugoslawiens war eigentlich die Lösung dafür. Doch Ende der 1980er und 1990er dominierte dann das erwähnte ethnonationale Konzept von Nation, das mit Gewalt umgesetzt wurde.



UnAuf: Der damalige Präsident Slobodan Milošević stand bis zu seinem Tod 2006 als Angeklagter vor dem Kriegsverbrechertribunal. Er gilt bis heute als einer der Hauptverantwortlichen der Jugoslawien-Kriege und der grausamen Gräueltaten von Srebrenica. Kann man sagen, dass Vučić das Erbe Miloševićs trägt?

Nenad Stefanov: Diese Frage führt dahin zurück, was Nationalismus bedeutet. Oder was sich bei der Bedeutung verändert hat.

Die Kader der Milošević-Zeit waren realsozialistisch sozialisiert. Es handelte sich zumindest nominell um einen egalitaristischen Ethnonationalismus.

Nationalismus hat ja immer auch dieses Gemeinschaftsideal der harmonisch-solidarischen nationalen Gemeinschaft. Aber letztlich sind das heute alles Akteur*innen eines kaum eingeehten Neoliberalismus. Das hat die Ohnmachtserfahrung der Menschen also noch verstärkt.

UnAuf: Der 28. Juni ist ein symbolträchtiger Tag für das serbische Nationalverständnis. Am selben Tag wurde auf Protesten ein Hitler-Verehrer zitiert. Es ging um Großserbien und genozidale Pogrome im Kosovo. Wie tief sitzt der serbische Nationalismus auch in liberalen Bewegungen?

Nenad Stefanov: Ich denke nicht, dass wir fragen sollten, wie tief der Nationalismus in der liberalen Bewegung steckt. Ethnonationalismus bleibt die dominierende Wahrnehmungsform von Gesellschaft. Das gilt eigentlich für die gesamte Region. In diesen schrumpfenden Gesellschaften von Kroatien bis Bulgarien werden solche Narrative nicht systematisch herausgefordert.

Nicht der Nationalismus, sondern die starke Präsenz von Akteur*innen, die Rechtsstaatlichkeit einfordern, ist also überraschend.

Ich sage es mal so: Man kann den Nationalismus einfacher erklären, als man das Phänomen dieser offensichtlich stark basisdemokratisch ausgerichteten Bewegung erklären kann.

UnAuf: Gibt es einen Grund dafür, dass die Protestbewegung zu großen Teilen aus Studierenden besteht?

Nenad Stefanov: Viele Menschen sind in extrem prekären Arbeitsverhältnissen unterwegs. Die Rechte der Arbeitenden werden zumeist minimal beachtet. Das heißt, viele Menschen sind einfach vorsichtig. Außerdem arbeitet ein großer Teil der Menschen in staatlichen Einrichtungen. Auf der anderen Seite haben Universitäten und ähnliche Institutionen einen hohen Grad an Selbstbestimmung bewahrt. So konnte diese Bewegung entstehen – mit studentischem Gesicht.

Das Interview führte Nicolas Bruggaier, 20 (er/ihm), Bachelor Deutsch und Philosophie.



Tobias Würtz (er/ihm), 25, Master Sozialwissenschaften

Im Belgrader Block 70 leben viele Menschen chinesischer Herkunft. Serbien ist für Peking ein wichtiger strategischer Partner für das Jahrhundertprojekt einer neuen Seidenstraße. Auch für andere geopolitische Akteure ist Serbien von großer Bedeutung.

Yulan* lächelt höflich, als sie mir einen Plastikbecher mit kaltem Leitungswasser und Bāozi auf den Tisch stellt. Draußen, vor ihrem Imbiss, brennt die heiße Augustsonne erbarmungslos auf den Asphalt. Der Straßenlärm der sechsspurigen Jurina Gagarina dringt durch die großen Fenster in den Laden. Über die Fassade ziehen sich verblasste Bilder von Eintöpfen und Dumplings. Yulan steht hinter der Theke, sie schmeißt ihren kleinen chinesischen Imbiss alleine. In dem Moment, als ein Kunde den Laden betritt, hellt sich ihr Gesicht auf und sie begrüßt ihn herzlich. Einen Augenblick später ruft sie mit ernster Miene und strenger Stimme nach ihren Kindern, die im Nebenraum spielen. Ihre Freundlichkeit ist eine professionelle Maske, die sie mühelos aufsetzt und ablegt. Sie ist in ihren Vierzigern, hell geschminkt und wirkt mit ihrem engen Kleid und ihrem aufrechten Gang wie aus einer anderen Zeit. Während ich meine Bāozi in Sojasauce ertränke, kommt sie an meinen Tisch und ruft ihre Tochter zu uns, die übersetzen soll. Yulan fragt, woher ich komme. Sie ist überrascht, dass sich jemand in diese Gegend fernab des touristischen Zentrums Belgrads verirrt, der weder serbisch noch chinesisch spricht. Auf meine Rückfrage hin erzählt sie mir, dass sie ursprünglich aus der Provinz Jiangsu kommt, aus der Nähe von Shanghai.

Von Jiangsu nach Belgrad

Wie Yulan kamen hier im Viertel viele in den Neunzigern aus der Volksrepublik China nach Belgrad. Der Block 70 ist heute das kulturelle Zentrum der chinesischen Community in Serbien. Im Schatten der in den Himmel ragenden Plattenbauten reihen sich in einer grünen Markthalle kleine inhabergeführte Läden aneinander. Neben ostasiatischen Lebensmitteln funkeln bunte Handyhüllen, es gibt Stofftiere und günstige Fußballschuhe zu kaufen.

Die Migrant*innen aus Fernost kamen in der Zeit des Milošević-Regimes nach Serbien. Auch wenn es kein formelles Abkommen zwischen den zwei Staaten gab, profitierten beide Länder von der Migration. Die jugoslawische Regierung erleichterte damals die Visamöglichkeiten – in der Hoffnung, dass den chinesischen Migrant*innen irgendwann auch chinesisches Kapital folgen würde.

In vielen Fällen leiteten die ankommenden Menschen kleine Gewerbe, dabei entstanden neue Handelsrouten. Einige kamen direkt vom chinesischen Festland, andere verlagerten ihren Lebensmittelpunkt von Budapest oder anderen europäischen Städten, wo sich damals die Visabedingungen erschwerten, nach Belgrad.



Markthalle in Block 70



Belgrads bunte Beutel



Ch:

Der enge Draht nach Peking

„Die 1990er Jahre, das war die Zeit der internationalen Sanktionen und viele Ladenregale waren leer“, erklärt die serbische Politikwissenschaftlerin Nina Marković-Khaze, die in Belgrad aufwuchs und heute in Australien lebt. „Ich ging damals mit meiner Mutter in die Neu-Belgrader Blocks, um Jeans oder was sonst gerade so fehlte zu kaufen. Der Buvljak (serbisch: Flohmarkt) war der place to go! Chinesische, rumänische, türkische und bulgarische Verkäufer kleideten damals die Bevölkerung.“ Die chinesische Seite profitierte von der Migrationsdynamik durch ihren wachsenden Einfluss aufgrund neuer Handelsbeziehungen. International zunehmend politisch isoliert war China einer der letzten Verbündeten Jugoslawiens, wie Miloševićs symbolischer Pekingbesuch im Jahr 1997 verdeutlicht. Nur fünf Jahre später wurde der ehemalige serbische Präsident vor dem Kriegsverbrechertribunal der Vereinten Nationen wegen einer ganzen Liste an Kriegsverbrechen in Den Haag angeklagt. Zu einer Verurteilung kam es nie, da er noch in Haft starb. Heute gedenken China und Serbien noch gemeinsam den Bombardements auf die chinesische Botschaft in Belgrad durch die NATO.



Für Peking erscheint Serbien durch seine strategische Lage als Transitort in Südosteuropa als besonders günstiger Ort für Investitionen. Im Rahmen der Initiative der neuen Seidenstraße, die Asien über Land mit Europa verbinden soll, sind von chinesischer Seite Milliardeninvestitionen geplant. Schon seit über zehn Jahren überquert die Mihaljo-Pupin-Brücke die Donau. Als Zeichen der chinesisch-serbischen Freundschaft wurde sie bereits 2014 eröffnet. 85 Prozent des Kapitals wurden freundlicherweise aus China zur Verfügung gestellt. Die vielbefahrene Brücke ist heute eine wichtige Verkehrsachse Belgrads. Hier zeigt sich der ambivalente Charakter der Volksrepublik China als Akteur in Serbien. Stellte der Staat vor dreißig Jahren noch billige Arbeitskräfte in Serbien zur Verfügung, ist Peking heute vor allem Kapitalgeber. In den Restaurants von Block 70 trifft die neue Generation einer SUV-fahrenden, aufstrebenden Mittelschicht auf die Händler*innen, die bereits seit den 90ern in Serbien leben. Im Jahr 2022 wurde in Zrenjanin, etwas mehr als eine Autostunde von Belgrad entfernt, eine der größten Reifenfabriken Europas aus dem Boden gestampft. In den Hallen des chinesischen Herstellers Linglong Tires schufteten vietnamesische Arbeiter*innen, da chinesische Arbeitskräfte inzwischen zu teuer geworden sind.

Proteste gegen die Korruption

Seit im November 2024 das Bahnhofsvordach in Novi Sad eingestürzt ist und mehrere Menschen ums Leben kamen, befindet sich ganz Serbien im Ausnahmezustand. Landesweit gehen Menschen auf die Straße. Sie machen für das Desaster die fahrlässige Politik der serbischen Regierung verantwortlich. Betraut mit den Bauarbeiten am Bahnhof waren die China Railway International und China Communications Construction Company. Pavle, den ich auf einer Antikorruptionsdemo in Belgrad treffe, schürt deshalb keine Ressentiments. Weder gegen China noch gegen den Einfluss der Europäischen Union. Schuld an dieser Katastrophe sei die Korruption der eigenen Regierung, und dieses Problem existiere schon viel länger als 2024. Wie viele aus der zivilgesellschaftlichen Opposition ist er eher progressiv eingestellt: „Ich war schon immer ein linksliberaler, pro-europäischer Typ, auch schon vor den Protesten.“

Angst vor Repressionen hat Pavle aber nicht. Auch wenn er Menschen kenne, die bei Straßenblockaden kurzfristig festgenommen wurden. „Die Menschen in Serbien wissen einfach, dass sich in der nächsten Zeit etwas verändern muss. So wie es gerade läuft, kann es nicht ewig weitergehen.“



Charakteristische Platte im Block 70

Europäische Interessen auf dem Balkan

Auch für westliche Staaten, und insbesondere für den Automobilstandort Deutschland, ist Serbien mit seinen Lithiumvorkommen attraktiv. Da wird schon mal darüber hinweggesehen, dass einem auf serbischer Seite ein Präsident gegenübersteht, der schon zwischen 1998 und 2000 als Informationsminister die Pressefreiheit massiv einschränkte. Vučić hat mit seinem Opportunismus aus der Not eine Tugend gemacht. Früher ging von der geopolitischen Lage an der Frontlinie der unterschiedlichen Machtsphären noch eine Gefahr aus. Heute streckt der serbische Präsident seine Antennen gezielt in alle Richtungen aus. Er verspricht sich davon solide internationale Beziehungen und Kapitalfluss aus dem Ausland. Einstweilen bleiben die positiven Effekte der ausländischen Investitionen für die breite Bevölkerung aus. Dies liegt mitunter an den erheblichen Korruptionsproblemen: 2024 schnitt Serbien mit 35 von 100 Punkten im Corruption Perceptions Index (CPI) von Transparency International deutlich schlechter als der europäische Durchschnitt ab.

Auf dem diplomatischen Parkett wiederum ist die serbische Führung mit ihrer Strategie durchaus erfolgreich. War Belgrad nach dem Zerfall Jugoslawiens noch international isoliert, werden heute gleichermaßen Regierungsvertreter*innen aus der Europäischen Union und der Volksrepublik China eingeladen. Noch im vergangenen Jahr empfing der autokratische Präsident Aleksandar Vučić sowohl den chinesischen Staatschef Xi als auch den damaligen deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz. Seit 2012 ist Serbien sogar Beitrittskandidat für die EU. Doch steht eine autoritäre Politik, die allein auf den Selbsterhalt der politischen Führung ausgelegt ist und so grundlegend an den Bedürfnissen der eigenen Bevölkerung vorbeigeht, auf wackeligen Beinen.

In Belgrad prallen Welten aufeinander

Am Ende eines langen Sommertags in Block 70 begrüßt mich Nataša in einem gehobenen Restaurant am Rande des Viertels im Casual Business Look. Sie wohnt seit sie 14 ist in Neu-Belgrad und arbeitet heute für ein italienisches Unternehmen. Nachdenklich hält sie sich an ihrem Orangen-Grapefruit-Saft fest, während sie in 30 Jahren Erinnerungen schwelgt.

Ob es damals rassistische Vorurteile gegenüber den Neuankömmlingen im Viertel gab? „Daran kann ich mich eigentlich nicht erinnern.“ Viele hier empfänden die chinesischen Migrant*innen als Bereicherung. „Ich habe einige Freund*innen, die gerne gut kochen und dann gezielt für bestimmte Zutaten hierherkommen. Manche Sachen gibt es eben nur hier. Außerdem gab es eine Zeit, in der der Markt in Block 70 deutlich günstiger war als die Ladenpreise sonstwo. Inzwischen ist er aber leider genauso teuer wie die Preise in regulären Geschäften“, erzählt Nataša.

Wie die Preise auf dem Markt, änderten sich auch die auswärtigen Beziehungen des Landes. Nataša gibt zu bedenken: „Serbien lebt seit jeher von seinen unterschiedlichen kulturellen Einflüssen.“ Während der Norden mit seiner herrschaftlichen Architektur maßgeblich durch den Einfluss der Habsburger und Österreich-Ungarns geprägt sei, so wären im Süden die Einflüsse des osmanischen Reichs sichtbar.

Daraus resultierten auch heute noch Widersprüche und Spannungen innerhalb des Landes. Die Hauptstadt Belgrad liege irgendwo dazwischen, hier prallen die unterschiedlichen Welten aufeinander. Und was bedeutet das für die Handelsbeziehungen? „Wir leben nun mal in einer globalisierten Welt“, findet Nataša. „Solange beide Seiten davon profitieren und sich wirklich etwas verbessert, ist jede Kooperation willkommen – egal ob mit China oder der EU.“

*Name von der Redaktion geändert

Neu-Belgrader Blockbauten



Können queere Menschen unter einer autoritären Regierung sie selbst sein? Und wie funktioniert queerer Aktivismus in Serbien? Darüber spricht die UnAuf mit Jelena Vasiljević, genannt Vasa, Mitbegründerin der queeren Organisation „Rainbow Ignite“ und eine der langjährigsten queeren Aktivist*innen in Serbien.

UnAuf: Wie kamst du zum queeren Aktivismus und was hat dich motiviert?

Vasa: Meine Beteiligung im queeren Aktivismus hat 2009 durch die Organisation der Belgrad Pride begonnen. Ich war damals aktiv bei der lesbischen Menschenrechtsorganisation Labris. Der Hass, der uns entgegengebracht wurde, war vollkommen abnormal. Und ich dachte mir, dagegen muss ich etwas tun. So hat mein Aktivismus vor fast 15 Jahren begonnen. Bei Labris habe ich fünf Jahre gearbeitet und die Geschichten, die ich dort über queerfeindliche Diskriminierung und geschlechtsspezifische Gewalt gehört habe, waren für mich einschneidend. Danach habe ich für ERA LGBTQ gearbeitet, ein Netzwerk aus LGBTQ-Organisationen in der gesamten westlichen Balkan-Region und der Türkei. Jetzt arbeite ich an verschiedenen Dingen. Zusammen mit zwei anderen Frauen habe ich Rainbow Ignite gegründet. Wir leisten Arbeit im gemeinschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Bereich.

UnAuf: Wie sieht die Alltagsdiskriminierung queerer Menschen in Serbien aus?

Vasa: Wenn du dich öffentlich ausdrückst, gibt es immer die Möglichkeit, körperlich oder verbal angegriffen zu werden. Die junge Generation erfährt Diskriminierung und Gewalt vor allem in den sozialen Medien und sogar auf Dating-Apps. Aber wenn wir über Alltagsdiskriminierung im echten Leben sprechen, ist es schwierig, sich auf ein Problem festzulegen. Queerfeindliche Gewalt beginnt bereits in der Schule und darauf folgt Hindernis nach Hindernis. Diskriminierung findet in jedem Lebensbereich queerer Menschen statt. Nenn mir ein Beispiel und ich weiß von einer Person, die heute in diesem Bereich Diskriminierung oder Gewalt erfahren hat.

UnAuf: Wie beeinflusst die Regierung Vučićs queere Menschen und Organisationen?

Vasa: Vučić ist großartig im Pinkwashing. Der Höhepunkt war es, eine lesbische Frau zur Präsidentin der Nationalversammlung zu ernennen. Die Realität für queere Menschen sieht ganz anders aus. Grundsätzlich haben wir unter Vučić gute rechtliche Rahmenbedingungen, da Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität verboten ist. Aber von der Durchsetzung dieser Gesetze sehen wir nichts. Uns fehlen auch noch immer die gleichgeschlechtliche eingetragene Partnerschaft und das Gesetz zur Anerkennung der Geschlechtsidentität. Außerdem verbreiten Vučić und seine Partei ihre eigene Erzählung von dem, was Aktivismus bedeutet. Wenn ein regierungsfreundliches Programm über SNS-Mitglieder berichtet, werden sie Aktivisten genannt. Echten Aktivist*innen und NGOs sprechen sie diesen Titel natürlich ab. Sie verbreiten also ein völlig falsches Narrativ. Mittlerweile führt es zu Verwirrung, wenn du sagst, du bist Aktivist*in, da Leute denken, du arbeitest für Vučić. Wegen allem, was gerade passiert, können und wollen wir keine staatliche Finanzierung annehmen, da wir so als Instrument des Staates ausgenutzt würden. Wir können allerdings EU-Finanzierung annehmen.

UnAuf: Wie sieht die queere Kultur in Serbien aus?

Vasa: Eine Sache, an der wir als Rainbow Ignite arbeiten, ist, queere Künstler*innen zu unterstützen. Wir haben beispielsweise eine Kooperation mit dem Nationaltheater oder anderen kulturellen Institutionen. Letztes Jahr haben wir die erste Frauen geleitete Oper mitorganisiert, was ein großes Event war. Außerdem organisieren wir eine Tour durch das queere Archiv Arkadium in Belgrad. Die Drag-Szene in Belgrad ist auch toll. Wir hatten früher viele queere Cafés und Clubs, aber vieles musste wegen finanzieller Probleme schließen. Es ist wichtig zu bedenken, dass wir bei der queeren Community in Serbien von einer Gruppe sprechen, die häufig in Armut lebt. Wir arbeiten oft in weniger gut bezahlten Jobs oder beenden aufgrund von Mobbing die Schule nicht. Wir unterstützen also viele Selbstständige aus der queeren Community, die Bars und Clubs eröffnen wollen. Bald veranstalten wir außerdem das erste FLINTA-Event in Novi Sad.

UnAuf: Wie groß ist das öffentliche Interesse und wie ausführlich die mediale Berichterstattung über die Herausforderungen queerer Menschen in Serbien?

Vasa: Da wir uns in einer Ära des Autoritarismus befinden, gibt es in Serbien keine freien Medien in dem Sinne. Bei der Ankündigung queerer Events geht es darum, den richtigen Moment zu wählen, damit vielleicht ein paar Nachrichtenportale davon berichten. Man braucht außerdem gute Beziehungen zu Journalist*innen. Meistens wird aber negativ über queere Themen berichtet. Wir als Rainbow Ignite achten auch darauf, wie innerhalb der Politik über queere Menschen gesprochen wird, um Klagen einreichen zu können. Meistens werden sie im politischen und öffentlichen Kontext schlecht gemacht. Auch wichtige Themen wie Femizide werden von den großen Medien ausgeklammert. Probleme, die Frauen betreffen, werden nicht thematisiert, bis wir sagen: Scheiß drauf, es reicht jetzt.

UnAuf: Die Student*innenproteste konzentrieren sich zu einem großen Teil auf die Durchsetzung demokratischer Werte und Gerechtigkeit. Gibt es Solidarität oder eine Zusammenarbeit zwischen der Student*innenbewegung und der queeren Bewegung in Serbien?

Vasa: Am Anfang gab es großes Potenzial. Doch dann hat sich die Student*innenbewegung von einer linken Ausrichtung zurück zu den traditionellen Werten der serbischen Gesellschaft bewegt, was für uns nicht angenehm war. Da auch queere Student*innen in den Uni-Besetzungen, in den Plena und Blockaden sind, haben wir die Student*innenbewegung von Anfang an unterstützt. Wenn sie Rainbow Ignite kontaktieren und um Essen, Kissen, Decken oder andere Dinge bitten, schicken wir sie ihnen. Die Student*innenbewegung und die queere Bewegung haben sich aber dennoch klar voneinander entfernt.

UnAuf: Haben die Student*innenproteste queere Student*innen auf eine besondere Art beeinflusst?

Vasa: Ja, sie haben große Schwierigkeiten, aber man muss sich der Resilienz queerer Student*innen in Serbien bewusst sein. Wenn du dich bereits jung als queer identifizierst oder outest, stehst du vor vielen Herausforderungen, weil die soziale Akzeptanz hier nicht groß ist. Du entwickelst also eine dicke Haut. Die queeren Student*innen haben auf jeden Fall Schwierigkeiten innerhalb der Bewegung und wir bieten ihnen im Community Center psychologischen und emotionalen Support oder auch einfach einen Raum, in dem sie sich für ein paar Stunden entspannen können.

UnAuf: Stimmt es, dass die Konversionstherapie in Serbien noch nicht explizit verboten ist?

Vasa: Das stimmt und viele sind davon betroffen. Viel medizinisches Personal hat noch gelernt, dass Homo- und Transsexualität Krankheiten seien, auch wenn sie in Serbien mittlerweile offiziell nicht mehr als solche gelten. Die Konversionstherapie findet meistens bei Psycholog*innen oder Psychiatern statt. Queere Personen machen vielleicht aus einem anderen Grund eine Psychotherapie und wenn sie sich outen, erkennen Psycholog*innen ihre Sexualität als das vermeintliche Problem für ihre Beschwerden. Auch bei Gynäkolog*innen oder Urolog*innen machen Leute ähnliche Erfahrungen. Abgesehen davon findet Konversionstherapie im religiösen Kontext durch Exorzismen oder innerhalb des Familienkreises statt. Mit dem Ansteigen der Konversionstherapie seit 2024 sehen wir auch einen Anstieg der Suizidrate innerhalb der queeren Community.

UnAuf: Wie ist queerer Aktivismus in den verschiedenen Balkanstaaten miteinander verbunden?

Vasa: Der queere Aktivismus in den Balkanstaaten entstand aus der Friedensbewegung und der feministischen Bewegung der 90er Jahre. Die verschiedenen Staaten waren also von Anfang an miteinander verknüpft. Seitdem kooperieren wir noch immer über staatliche Grenzen hinweg. Letztes Jahr hatten wir eine große Konferenz für queere Frauen aus dem ganzen Balkan. Im November eröffnet ein Zentrum für queere Geschichte in Bosnien-Herzegowina und die Promotion findet hier in Belgrad statt. Rainbow Ignite ist außerdem Teil des Balkan Queer Network, das unter anderem Bulgarien, Rumänien, die postjugoslawischen Staaten, Albanien, die Türkei und Griechenland einschließt. Wir unterstützen uns also immer gegenseitig.

UnAuf: Lesbische Themen werden innerhalb der LGBTQ-Community oft übersehen. Wie rückst du die Herausforderungen lesbischer Frauen besonders in den Fokus?

Vasa: Die lesbische Bewegung hat historisch immer den Anfang gemacht, wenn es darum ging, für die Rechte queerer Menschen zu kämpfen. Grundsätzlich ist es wichtig, dass unsere Organisation auf feministischen Prinzipien basiert. Wir organisieren besonders soziale und künstlerische Projekte, wie das „Women Loving Women Art Fest“ und Projekte zu queerer Literatur und Poesie, woran üblicherweise hauptsächlich Lesben teilnehmen.

An diesen Projekten arbeiten viele queere Frauen und wir versuchen, ihre Arbeit besonders zu würdigen und zu unterstützen.

UnAuf: Würde sich deiner Meinung nach etwas für queere Menschen in Serbien ändern, wenn Serbien Teil der EU wäre?

Vasa: Meiner Meinung nach werden wir niemals ein Teil der EU sein. Sogar als wir noch eine demokratische Regierung hatten, hat die EU an der Grenze der Balkanstaaten grundsätzlich Halt gemacht. Ich denke durch das Lithium-Programm der EU in Serbien wollen noch weniger Serb*innen Teil der EU werden. Aber selbst wenn Serbien Teil der EU wäre, denke ich, würde es keinen großen Unterschied machen. Ich schaue mir Ungarn, Polen und sogar die Niederlande und Schweden an. Überall regieren jetzt rechte Politiker*innen und diese bilden eben das Europäische Parlament.

UnAuf: Was sind die wichtigsten Dinge, die du durch deinen Aktivismus gelernt hast?

Vasa: Verschiedene Methoden auszuprobieren, um seine Ziele zu erreichen. Auch die Drag Kings zu unterstützen, es gibt nicht nur Drag Queens. Und die bereicherndste Arbeit leisten wir in den ländlichen Regionen, wo queere Menschen besondere Herausforderungen haben und auch Unterstützung brauchen. Aber das Wichtigste, was ich gelernt habe, ist, sich immer seiner eigenen Kraft bewusst zu sein. Als Aktivist*innen vertreten wir die queere Community nach außen hin und wir müssen mit dieser Verantwortung gut umgehen.

UnAuf: Was sind deine Hoffnungen für die Zukunft?

Vasa: Ich setze definitiv Hoffnung in die Wahlen. Ich bin mir zwar der Situation bewusst, trotzdem erhoffe ich mir dadurch eine demokratische Veränderung. Wenn Vučić gewinnen sollte, wäre das furchterlich. Eine richtige Demokratisierung Serbiens wird ein langer Prozess, da wir viele Schritte zurückgegangen sind. Außerdem hoffe ich zumindest darauf, dass sich Serbien der EU weiter annähert. Und dann kommt es auf die Zivilbevölkerung an, für ihre Rechte zu kämpfen.

Das Interview führte Thordis Schreiber (sie/ihr), 20, Bachelor Anglistik und Geschichtswissenschaften.



Anne Marie Patzke (sie/ihr), 22, Bachelor Kultur- und Medienwissenschaft

Die serbische NGO „CRTA“ beobachtet seit 2016 nationale und lokale Wahlen in Serbien, stärkt demokratische Kultur, offene Institutionen und unabhängige Medien – und gerät damit selbst ins Visier von Präsident Vučić und seiner Partei. Ein Blick hinter die Kulissen einer Organisation, die trotz Hetzkampagnen und Bedrohungen nicht aufhört, für faire Wahlen und demokratische Rechte einzutreten.

„Wir sehen uns selbst als Demokratieverteidiger*innen, haben aber noch nie in einer Demokratie gelebt. Es ist also eine Art Traum.“ So erklärt Vukosava Crnjanski, Direktorin der Nichtregierungsorganisation Center for Research, Transparency and Accountability, kurz CRTA, den Kern ihrer Arbeit. Unser Gespräch beginnt damit, dass wir gebeten werden, unsere Mobiltelefone in ein großes verschließbares Glas zu legen. Vukosava Crnjanski und Rasa Nedeljkov sind ganz ohne Handys zum Gespräch erschienen. Tonaufnahmen sind nicht erlaubt. Die einzigen, die zuhören dürfen, sind die zwei Bürohunde, die im Konferenzraum friedlich unter dem Tisch liegen und uns während des gesamten Interviews Gesellschaft leisten.

Die Vorsicht hat einen Grund: Die beiden sind dafür sensibilisiert, dass ihre Aussagen vollkommen verfremdet und gegen sie verwendet werden können. Durch die von CRTA veröffentlichten Berichte sowie die Dokumentation von Unregelmäßigkeiten und Manipulationsmechanismen im Zusammenhang mit den Wahlen sind sie für den serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić und seine Anhänger zu Zielscheiben geworden. Vučić und seine Partei, die Serbische Fortschrittspartei SNS, sind seit 13 Jahren ununterbrochen an der Macht und dominieren und kontrollieren seither weite Teile der serbischen Medienlandschaft.

An der Wand des Büros steht der Satz „Nothing Is True and Everything Is Possible“, der Titel eines Buches des russischen Autors Peter Pomerantsev. Rasa Nedeljkov, Programmdirektorin der Organisation, erklärt, inwiefern dieses Zitat auf die serbische Regierung zutrifft. „In unserer Gesellschaft gibt es keine Verantwortung. Die Politiker*innen vermeiden das.“

Auf die Frage, welche konkreten Unregelmäßigkeiten das CRTA bei den letzten Wahlen beobachtet habe, erklärt Nedeljkov, dass es vier Hauptfaktoren gebe. Diese umfassen das Ausüben von politischem Druck auf Wähler*innen sowie die Bedrohung und Erpressung am Arbeitsplatz zur Wahlbeeinflussung. Insbesondere im öffentlichen Sektor spielt das eine Rolle. Weiterhin gibt es Nachweise für den Missbrauch von Wähler*innenlisten. Das betrifft sogenannte „Phantomwähler*innen“, Personen, die offiziell im Wählerverzeichnis einer Gemeinde eingetragen sind, dort aber nicht tatsächlich wohnen – oder gar nicht existieren. Das bedeutet, sie

erscheinen nur auf dem Papier, können aber für die Wahl und dementsprechend für Stimmen „genutzt“ werden. Hinzu kommt, dass der Betrug, obwohl es bereits Strafanzeigen für Dokumentenfälschung sowie Stimmenkauf gab, ohne Konsequenzen bleibt.

Auch der fehlende Medienpluralismus in Serbien spielt für den Ausgang der Wahlen eine entscheidende Rolle. So sehen Bürger*innen, die ausschließlich auf die größten TV-Sender und Boulevardzeitungen zurückgreifen, fast nur pro-SNS-Botschaften. Laut Vukosava Crnjanski sprach Aleksandar Vučić in den öffentlichen Medien im vergangenen Jahr über 350 Mal ohne jegliche Unterbrechung oder Einordnung durch Journalist*innen im öffentlichen Fernsehen zur serbischen Bevölkerung. Auch dieses Jahr gab es bereits um die 250 Ansprachen. Diese Zahlen zeigen, dass Vučić nicht nur in Wahlkämpfen, sondern auch im Alltag überproportional viel Sendezeit bekommt, während die Opposition kaum zu Wort kommt. „Vučić ist alles“, fasst Crnjanski zusammen. Die Opposition muss stattdessen auf soziale Medien oder wenige unabhängige Kanäle setzen, die nur einen Bruchteil der Bevölkerung erreichen.

Um den beschriebenen Unregelmäßigkeiten entgegenzuwirken unterstützt und koordiniert CRTA ein Programm, bei dem Tausende von Bürger*innen nach den höchsten internationalen Standards für bürgerliche Wahlbeobachtung geschult werden, um Unregelmäßigkeiten der Wahlen zu beobachten und die Bedingungen für freie und faire Wahlen zu verbessern.

Doch Menschen, die sich in Serbien gegen die Regierung positionieren und diese kritisieren, werden in Pro-Regierungsmedien persönlich attackiert – teils mit der Veröffentlichung privater Fotos und manipulierter Videos oder Behauptungen über „ausländische Bezahlung“. Das betrifft auch die Mitarbeiter*innen von CRTA, die aufgrund ihrer Arbeit ebenfalls regelmäßig Hetz- und Verleumdungskampagnen in den regierungsnahen Medien ausgesetzt sind. So



wird beispielsweise öffentlich verbreitet, die Direktor*innen würden teure Mercedes fahren und zusätzlich in großen Villen in der teuersten Gegend Belgrads wohnen. Sie werden als Verräter*innen gebrandmarkt – unwahre Behauptungen, die sowohl die Glaubwürdigkeit der Organisation untergraben als auch sie als Personen in ein negatives Licht rücken. Die Regierungsanhänger*innen scheuen sich nicht, drastische Maßnahmen zu ergreifen. Srbslav Filipović, Mitglied der regierenden Serbischen Fortschrittspartei, beleidigte beispielsweise während einer Parlamentssitzung am 7. April 2021 den Vorsitzenden der oppositionellen Partei für Freiheit und Gerechtigkeit Dragan Đilas als Faschist und Nazi und verglich ihn darüber hinaus mit Adolf Hitler.

Doch in den letzten Monaten hat sich vieles verändert. „Die Menschen haben immer weniger Angst, ihre Meinung zu sagen. Sie haben genug von der Korruption. Sie sehen, dass Korruption tötet“, so Vukosava Crnjanski. Im vergangenen Jahr führte das Forschungsteam des CRTA eine Meinungsumfrage zum Thema „Einstellungen der serbischen Bürger*innen zu Protesten und Universitätsblockaden“ durch. Diese ergab, dass 61 Prozent der Bürger*innen die Proteste und Blockaden unterstützt. Auch das CRTA unterstützt die Studierenden, indem Mitarbeiter*innen unter anderem Vorlesungen und Workshops an Universitäten geben. Vukosava Crnjanski und Rasa Nedeljkov erklären, dass die Proteste tiefe gesellschaftliche Brüche offenbaren – bis in Familien hinein. So wurde ihnen im Kontakt mit den Studierenden häufig von Großeltern mit konservativen Ansichten berichtet, die ihre Enkel*innen, die sich aktiv an Protesten beteiligen, nun als Verräter*innen ansehen.

Von der Mehrzahl der Bürger*innen wurden die Studierenden jedoch laut der Umfrage als Motor des Wandels angesehen und genossen sogar mehr Vertrauen als Politiker*innen. Als größte Probleme des Landes wurden Korruption, Inflation und Armut genannt. Die Verantwortung für die Katastrophe von Novi Sad wurde Minister*innen, dem Präsidenten, Bauunternehmer*innen und den Aufsichtsbehörden zugeschrieben. CRTA gibt an, den Studierenden selbst vor allem indirekt zu helfen, durch Faktenchecks sowie die Stärkung der Werte, die die Studierenden vertreten. Das Faktencheck-Portal Istinomer, welches CRTA im Jahr 2009 startete, ist verifiziertes Mitglied des Europäischen Netzwerks für Faktencheck-Standards und seit 2020 Metas exklusiver lokaler Partner für Serbien im Kampf gegen Desinformation auf Facebook und Instagram. Es war das erste in Serbien und der gesamten Region.

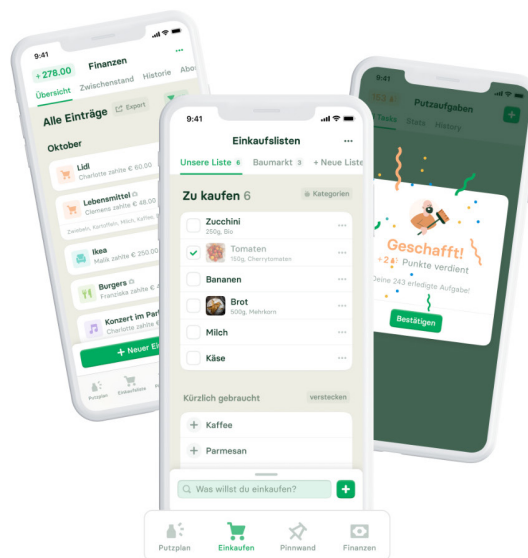
„Wir sind die Verbündeten“, sagen die Direktor*innen, denn schlussendlich stehen sowohl CRTA als auch die Studierendenbewegung für ein demokratisches Serbien, in dem alle Menschen frei und fair wählen dürfen.



Anzeige

 Flatastic

Und der Haushalt? Lläuft.



Zusammenleben ist toll, aber nicht immer einfach. Flatastic hilft euch bei der Organisation von allem was im Haushalt so anfällt. Damit mehr Zeit und Energie für die schönen Dinge bleibt.

Für



WGs



Pärchen



Familien

Flatastic herunterladen:



www.flatastic-app.com

Kurz vor ihrem Plenum zu den Protesten treffen wir uns mit Isadora und Sonja aus der Bauingenieurwesen-Fakultät in der Universität. Während sich zukünftige Student*innen in einer Etage des Gebäudes einreihen, um sich für ihren gewünschten Studiengang einzuschreiben, erklären Sonja und Isadora uns, warum sie gerade keinen Kopf dafür haben, zu studieren.

UnAuf: Wie kam es dazu, dass ihr euch in Plena organisiert habt?

Sonja: Nachdem es bei den 15 Minuten des Schweigens an der Fakultät der Dramatischen Künste zu Attacken von Passant*innen kam und sich die Student*innen der Fakultät dazu entschlossen hatten, eine Blockade des Universitätsgebäudes zu starten. Außerdem organisierten sie ein Plenum, bei dem nur Student*innen der Dramatischen Künste erlaubt waren. Student*innen anderer Fakultäten schlossen sich der Fakultät an, um Solidarität zu zeigen. So wie unsere Fakultät, die unser Universitätsgebäude ebenfalls besetzte und anfang, Plena zu halten. Schließlich waren alle Fakultäten in Belgrad und anderen Städten besetzt. Es löste eine Kettenreaktion in ganz Serbien aus. So fingen wir an, uns zu organisieren.

UnAuf: Wie wurde die Besetzung zu so einer langfristigen Sache?

Isadora: Zuerst gingen wir nicht davon aus, dass es sich zu einer langfristigen Besetzung entwickeln würde, aber jetzt sind wir immer noch hier und es hat sich immer noch nichts verändert. Es hört uns in Serbien niemand zu. Wir werden weitermachen, bis sich etwas verändert.

Sonja: Als wir anfangen, dachte ich, es würde sich um höchstens zwei Wochen handeln. Es entpuppte sich alles als eine viel größere Sache und ein viel größeres Problem.

UnAuf: Weil es sich um so eine lang andauernde Zeit der Organisation handelt, muss es ja eine gewisse Struktur geben, in der Art und Weise, wie ihr Dinge angeht.

Isadora: Jede Fakultät hat ihre eigenen Plena. Manche jeden Tag, manche alle paar Tage und manche nur einmal in der Woche. Das heißt aber nicht, dass die Student*innen nicht trotzdem hier sind, auch wenn kein Plenum ist. Aber wir als Bauingenieurwesen-Fakultät haben dreimal in der Woche Plenum. Nach den Plena hat jede Fakultät meistens ein paar neue Ideen und es finden durchmischte Gruppentreffen dreimal in der Woche in der gesamten Universität statt, um diese zu diskutieren. Danach stimmt jede Fakultät darüber ab. Jede Woche haben wir andere Delegierte an einer Fakultät, die die Stimmen auszählen. Das ist direkte Demokratie. Jede Person hat eine Stimme und es gibt keine Fakultät oder Person, die mehr Macht hat als die anderen. Da gibt es natürlich viele unterschiedliche Meinungen, aber wenn zum Beispiel für eine bestimmte Protestaktion gestimmt wird, die wir persönlich nicht gut finden, gehen wir trotzdem. Weil es die kollektive Entscheidung der Student*innen ist.

UnAuf: Was für Menschen gehen zu den Protesten?

Isadora: An den Plena nehmen nur die Student*innen der jeweiligen Fakultät teil, aber bei den Protesten sind alle zu finden. Egal ob Student*innen, Eltern oder Großeltern. Jeder ist willkommen, die Meinung zu äußern. Nachdem unsere Arbeitsgruppen den Plan für eine Demonstration ausgearbeitet haben, werden Delegierte bestimmt, die jede*n dazu aufrufen, zu kommen. Aber jeder dieser Delegierten ist auch eben gewählt und kann nicht einfach sagen: „Ich führe den Protest an.“





Sonja: Jeder kann sich vor die Gruppe stellen und sich als nächsten Delegierten auf Zeit vorschlagen und dann gegebenenfalls gewählt werden. Wir sind gerade zum Beispiel dazu ausgewählt worden, mit dir zu reden. Als Pressesprecherinnen sozusagen. Damit es nicht zu einer oder mehreren Personen kommt, die eine Art Anführerrolle einnehmen, wird alles ständig durchgewechselt.

UnAuf: Was für Arbeitsgruppen gibt es?

Isadora: Es gibt die Strategie-Gruppe, die Sicherheitsgruppe, die Medien-Gruppe, die Spenden-Gruppe und die Regel-Gruppe. Jeder kann sich seine Arbeitsgruppe aussuchen und auch immer wieder gehen. Aber bei den meisten ist es so, dass sie eine Gruppe oder mehrere wählen und dann auch in ihr bleiben. So kommt eine gewisse Routine in die Abläufe.

Sonja: Ich bin in der Medien-Gruppe und vor ein paar Monaten wusste ich nicht mal, wie man eine Kollaboration macht. Jetzt nach acht Monaten weiß ich genau, wie alles funktioniert.

UnAuf: Hat sich die Dynamik und die Stimmung in der Organisation während der vergangenen acht Monate verändert?

Sonja: Gerade sind einige Leute etwas demoralisiert, weil es Sommer ist, viele Menschen nicht in der Stadt sind und auch die Fakultät aber wieder teilweise arbeitet. Aber die Proteste nehmen kein Ende. Wir haben unsere Hoffnung nicht verloren. Wir haben viele neue Ideen und arbeiten an ihnen. Es arbeiten konstant Leute an neuen Konzepten. Auch wenn das gerade nicht an den Fakultäten passiert und es im Moment so aussieht, als würde nichts passieren. Es passiert immer was, man kann es zurzeit nur nicht sehen. Es ist nicht sichtbar für die Öffentlichkeit, aber es findet statt. Viele Student*innen kommen auch nicht aus Belgrad und sind in ihre Heimatorte gefahren.

UnAuf: Glaubt ihr wirklich, dass die Proteste und die Besetzungen nachhaltig etwas verändern werden?

Isadora: Ja.

Sonja: Man kann die Veränderung in der Denkweise der Menschen sehen. In ganz Serbien. Ich hätte niemals gedacht, dass das passieren könnte.

Isadora: Der Grund, warum die Korruption in Serbien so schlimm geworden ist, ist, weil die Medien im Dunkeln tappen. Es gibt Menschen auf dem Land, die nur Zugriff auf Propaganda-Medien haben, da sie keinen Zugriff zum Internet haben. Die wissen nicht, was hier wirklich passiert. Aber so wie wir direkt von Beginn an mit den Protesten umgegangen sind, haben wir eine Art Weckruf geschaffen.

UnAuf: Habt ihr Tipps dafür, wie ein Protest so lange anhalten kann?

Isadora: Wir haben diese Proteste organisiert, um grundsätzliche Menschenrechte durchzusetzen. Das ist genug, um uns zu vereinen. In den vergangenen Jahren gab es immer mal wieder für zwei bis drei Monate Proteste, die aber von der Opposition geleitet wurden. Gerade gibt es keine politische Partei, keine Opposition, die die Proteste anführt, nur wir Student*innen. Ganz wichtig ist es, nicht aufzugeben. Es gab Tage, an denen ich zu Hause war und nicht wieder hierher kommen wollte, aber ich habe es trotzdem getan.

UnAuf: Gibt es noch etwas, das ihr Student*innen aus Berlin gerne sagen möchten?

Sonja: Wir freuen uns über die Möglichkeit, über unseren Protest zu sprechen und darüber, dass Interesse darin besteht. Manchmal wird es hier sehr einsam und wenn ich Posts über unseren Protest in der internationalen Presse oder auf Social-Media sehe, fühle ich mich bestärkt. Das gibt Hoffnung.

Das Interview führte Hannah Isabella Schlünder (sie/ihr), 21, Bachelor Geschichtswissenschaften und Sozialwissenschaften.



Die Berge, Flüsse und Wälder in Homolje im Osten Serbiens gehören zu den artenreichsten Europas. Dort leben Luchse, Braunbären, Wölfe und Steinadler, die in den meisten anderen Gegenden Europas bereits ausgerottet wurden. Jedoch plant das kanadische Unternehmen Dundee Precious Metals (DPM) in dieser Region den Abbau von Goldvorkommen.

Während der geplante Lithiumabbau im Jadartal im Westen Serbiens zu großen Protesten innerhalb Serbiens führte und internationale Aufmerksamkeit auf das Projekt gelenkt hat, steht der geplante Goldbergbau in Homolje bisher wenig im Fokus. Ivan Milosajević, Mitgründer der Rangerorganisation RIS, die sich gegen das Bergbauprojekt einsetzt und Umweltverschmutzungen durch Bergbaukonzerne dokumentiert, sieht die periphere Lage und die demographische Situation der Region als Hauptgründe für den geringeren Widerstand an. Die Einkommen liegen deutlich unter dem serbischen Durchschnitt, die Infrastruktur ist in schlechtem Zustand und das Durchschnittsalter ist höher als im Rest des Landes. „Die jungen Leute ziehen nach Westeuropa oder in die Großstädte, während die alten Menschen zurückbleiben“, erklärt Milosajević. Hinzu kommt, dass in Homolje viele Walach*innen leben, eine ethnische Minderheit, die walachisch, eine dem Rumänischen ähnliche Sprache, spricht und über keine politische oder linguistische Repräsentation verfügt.

Dennoch ist es ihm und seinen Mitstreiter*innen gelungen, Menschen zu mobilisieren, die gegen die Pläne der Regierung und der Unternehmen protestieren. „Wir haben herausgefunden, dass DPM bei Probebohrungen Trinkwasser aus der lokalen Wasserversorgung entnommen hat, was gesetzeswidrig und entgegen den Auflagen der Regierung ist“, empört sich Milosajević. „Wir haben mehr als 20 Klagen eingereicht, ohne dass es Konsequenzen hatte. Das hat viele Menschen mobilisiert.“

Inzwischen hat die serbische Regierung mehr als 200 Explorationsgenehmigungen an private Unternehmen erteilt. Die Hälfte davon für Regionen im Osten Serbiens. „Die Bevölkerung hier ist durch die Kupfermine in Majdanpek an Bergbauaktivitäten gewöhnt“, erklärt Milosajević.

„Die Menschen sind beunruhigt, weil sie mitbekommen, welche Folgen der Bergbau dort hat.“ In Majdanpek, nahe der rumänischen Grenze, wurde bereits zu Zeiten Jugoslawiens Kupfer abgebaut, was der Region damals zu Wohlstand verhalf. Nach dem Zerfall Jugoslawiens wurden die Bergbauaktivitäten zurückgefahren, bis 2019 das chinesische Unternehmen Zijin die Mine kaufte und erweiterte. Seitdem ist zwar die Arbeitslosigkeit zurückgegangen, gleichzeitig ist allerdings die Luft- und Wasserverschmutzung in den umliegenden Bächen und Flüssen deutlich gestiegen. In Bor, wo Zijin ebenfalls eine Mine betreibt, ist die durchschnittliche Lebenserwartung nach Angaben des Nachrichtenportals nova.rs zehn Jahre niedriger als im Rest des Landes.

Milosajević und seine Mitstreiter*innen befürchten, dass Zijin plant, die Lizenzen von DPM nach Abschluss der Erkundungen aufzukaufen und die Minen in Homolje mit den Minen in Majdanpek und Bor zu einer riesigen zu vereinen. Auch wenn es sich bisher nur um Explorationsbohrungen handelt, ist die lokale Bevölkerung bereits negativ davon betroffen. So haben Aktivist*innen von RIS dokumentiert, dass DPM Abwässer in einen Bach geleitet hat und Landwirte beklagen sich, dass Vieh ihrer Herden aufgrund von Wasserverschmutzung gestorben sei.

Rohstoffausbeutung als Außenpolitik

Das Thema Wasserverschmutzung verbindet neben dem Kampf gegen die weit verbreitete Korruption viele verschiedene Proteste in Serbien. Auch im Jadartal, wo das britisch-australische Unternehmen Rio Tinto Lithium abbauen will, fürchten Aktivist*innen, dass sie mit der Umweltzerstörung zurückgelassen werden, während die Gewinne nicht bei der lokalen Bevölkerung ankommen. Nachdem das Projekt 2022 nach Protesten pausiert wurde, werden die Planungen seit dem vergangenen Jahr auch auf Druck der Europäischen Union wieder vorangetrieben. So reiste der damalige Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) im Juli 2024 nach Belgrad, um mit Aleksandar Vučić ein Abkommen über die Nutzung des Metalls zu unterzeichnen.





Iva Marković, Mitgründerin der Umweltschutzorganisation Polekol und der Initiative Pravo na vodu, Recht auf Wasser auf deutsch, sieht in der Vergabe von Bergbaulizenzen für ausländische Unternehmen eine geopolitische Strategie der serbischen Regierung. „Serbien wird zu einer Bergbaukolonie“, klagt die Aktivistin. Vučić versuche die Beziehungen zu den Großmächten zu verbessern, indem er die wertvollen Rohstoffe des Landes unter ihnen aufteile. So erhielt das chinesische Unternehmen Zijin die Abbaulizenz für die Kupferminen in Majdanpek und Bor und die EU das Recht zur Nutzung der Lithiumvorkommen im Jadartal. Der Öl- und Gassektor in Serbien wird vom russischen Konzern Gazprom dominiert. In allen genannten Fällen würden korrupte Politiker*innen an der Vergabe der Lizenzen mitverdienen. Marković ist vor allem von der EU enttäuscht. Viele Serb*innen haben in den Annäherungsprozess die Hoffnung gesetzt, dass die EU Serbien unter Druck setzen würde, die Korruption zu bekämpfen und das politische System zu demokratisieren. Stattdessen beschränke sie sich darauf, ihre Sorge über die Missachtung der Rechtsstaatlichkeit, der Pressefreiheit und die grassierende Korruption zu äußern, um anschließend Rohstoffdeals mit der Regierung abzuschließen.

Marković sieht eine enge Verbindung zwischen den Protesten gegen die Bergbauprojekte und den aktuellen Studierendenprotesten. „Die Proteste gegen Rio Tinto haben viele junge Menschen politisiert. Auf diese Mobilisierung können die aktuellen Proteste aufbauen“, erklärt sie. Auch die Repressionsmaßnahmen der Sicherheitskräfte, wie willkürliche Verhaftungen von Aktivist*innen, seien bereits bei den Protesten gegen den Lithiumabbau zum Einsatz gekommen. Bei den Studierendenprotesten seien diese Praktiken ausgeweitet und zunehmend in den urbanen Zentren eingesetzt worden, während zuvor nur vereinzelte Aktivist*innen in den Bergbauregionen betroffen gewesen seien. Marković ist es allerdings wichtig, ökologische Themen nicht zu offensiv in die Bewegung hineinzutragen.

„Die meisten Student*innen unterstützen unser Anliegen und waren schon bei den Protesten gegen Rio Tinto aktiv.“ Dennoch wolle sie nicht versuchen, die Protestbewegung zu kapern, sondern sich auf die gemeinsamen Ziele fokussieren, die das breite Spektrum der Demonstrant*innen zusammenhalte: den Kampf gegen die Korruption und den unter Präsident Vučić immer weiter voranschreitenden Autoritarismus. Ivan Milosajević, der Ranger aus Homolje, blickt trotz der schwierigen Lage optimistisch in die Zukunft. Die Proteste im Jadartal und die aktuellen Studierendenproteste hätten das Bewusstsein für die Gefahren solcher Bergbauprojekte bei vielen Menschen erhöht. Ende Juli fand ein einwöchiges internationales Protestcamp in Homolje statt, zu dem auch Aktivist*innen aus anderen europäischen Ländern anreisten. Milosajević und seine Mitstreiter*innen haben das Ziel, die Gegend um Homolje zu einem Nationalpark erklären zu lassen, um die einzigartige Landschaft und Biodiversität vor weiteren Eingriffen in die Natur zu schützen. Bis dahin ist es für die Aktivist*innen allerdings noch ein sehr weiter Weg.





Freie Rede

Stimmen aus den
internationalen Projekten
der taz Panter Stiftung

Illustration:
Manuel Fazzini

PODCASTS

- Pressefreiheit
- Kritischer Journalismus
- Gesellschaftliches Engagement

Weitere Informationen
www.taz.de/stiftung



**Auf taz.de/stiftung/podcasts
und überall dort, wo es Podcasts gibt.**

Die taz Panter Stiftung engagiert sich seit 2008 für unabhängige Presse und kritischen Journalismus, legt besonderen Wert auf den Austausch und die Vernetzung über Grenzen hinweg sowie auf die Förderung von Nachwuchsjournalist*innen.